



Secrétariat parlementaire
Ratssekretariat

8^e procès-verbal du Conseil de ville / 8. Stadtratsprotokoll

Séance du jeudi 27 juin 2013 à 18 heures

Sitzung vom Donnerstag, 27. Juni 2013, 18.00 Uhr

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Présents / Anwesend:

Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Bohnenblust Peter, Bohnenblust Simon, Bord Pascal, Bösch Andreas, Brassel Urs, Cadetg Leonhard, Chevallier Barbara, Dillier Adrian, Donzé Pablo, Dunning Samantha, Esseiva Monique, Fischer Pascal, Frank Lena, Freuler Fritz, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Güntensperger Nathan, Gurtner Roland, Gurtner-Oesch Sandra, Habegger Hans Peter, Hadorn Werner, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Hügli Daniel, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Löffel Christian, Magnin Claire, Molina Franziska, Moser Peter, Nicati Alain, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pauli Mélanie, Pichard Alain, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Rüfenacht Martin, Scherrer Martin, Schneider Sandra, Schor Alfred, Sermet-Nicolet Béatrice, Steinmann Alfred, Stöckli Schwarzen Heidi, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Thomke Friedrich, Vuille André, Wiher Max

Absence(s) excusée(s) / Entschuldigt:

Habegger Markus, Howald Katharina, Rüfenacht Daphné, Sylejmani Ali, Wiederkehr Martin

Représentation du Conseil municipal / Vertretung des Gemeinderates:

Erich Fehr, maire de Bienne

Conseillères municipales / Conseillers municipaux: Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal / Entschuldigt Gemeinderat:

-

Présidence / Vorsitz:

Ogi Pierre, Président du Conseil de ville

Secrétariat / Sekretariat:

Klemmer Regula, Secrétaire parlementaire

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées	Seite/Page
112. 20130195 Rue Schöni / Rue du Marché-Neuf / Conclusion d'un contrat d'emption avec M. Hans Widmer	363
113. 20090238 AGGLOlac / Rapport des Conseils municipaux de Nidau et Bienne à l'attention des Conseils de ville de Nidau et Bienne.....	369
114. 20130020 Points forts de la politique du Conseil municipal 2013-2016	386
115. Demandes de contributions 2013/1	390
116. Rapport de gestion 2012 de l'Administration municipale biennoise	391
• Administration générale	Fehler! Textmarke nicht definiert.
• Mairie.....	397
• Direction des finances	398
• Direction de la sécurité	400
• Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture	400
• Direction des travaux publics.....	401
117. Nouvelles interventions	402

Ogi Pierre, président du Conseil de ville: Je vous souhaite une cordiale bienvenue à la 8^{ème} séance du Conseil de ville. Nous poursuivons les débats avec l'affaire 20130195 "Rue Schöni / Rue du Marché-Neuf / Conclusion d'un contrat d'emption avec M. Hans Widmer".

112. 20130195 Rue Schöni / Rue du Marché-Neuf / Conclusion d'un contrat d'emption avec M. Hans Widmer

Stöckli Schwarzen Heidi, GPK: Wer sich bei der gestern diskutierten Vorlage Wasenstrasse über den fehlenden Marktpreis beklagte, kann sich beim vorliegenden Geschäft freuen. Hier geht es um ein Kaufrecht, das nicht nur auf einem aktuellen Marktpreis basiert, nein, mit dem neuen Vertrag steigt der Landpreis für dieses Terrain sogar um CHF 1 Mio.. Zwischen dem gestrigen und dem heutigen Geschäft gibt es dennoch Gemeinsamkeiten. Mit Hans Widmer konnte bereits für die Schönistrasse / Neumarktstrasse ein solventer, verlässlicher und an qualitativ hochstehendem Wohnungsbau interessierter Partner gefunden werden. Er ist bekannt als CEO von McKinsey, von Oerlikon Bührle und als Teilhaber der Firma Schweiter Textilien. Er hat die Überbauungen Wohlgrot in Zürich und Bächtelenacker in Köniz realisiert. Er sagt von sich selber: Ich bin kein Bauherr, sondern ein Baudiener. Baudiener, weil er sich von dem begeistern liess, was junge Architekten für das grosse Stück Land in Köniz entwarfen. Baudiener auch, weil er sich den hohen Ansprüchen der Könizer Behörden sehr gerne fügte. Herausfordernde Architektur hat es ihm angetan, das Gewöhnliche interessiert ihn nicht. So kann man es im Internet nachlesen. Hans Widmer besitzt bereits ein Terrain in Biel, das die Firma Orange Communications S.A. 2010 der Stadt abkaufte. Mittels Kaufrecht möchte Hans Widmer nun sein Terrain arrondieren und sich die Parzelle zwischen der Alpinen Finanz AG und seiner eigenen Parzelle sichern. Wie an der Medienkonferenz deutlich spürbar wurde, hat Hans Widmer grosse Freude und inhaltliches Interesse am Wohnungsbau. Er will in qualitativ hochstehenden, städtischen Wohnungsbau für gute bis sehr gute Steuerzahlende investieren. Deshalb begrüsst er auch den städtebaulichen Wettbewerb Esplanade Nord. Im Gegenzug ermöglicht selbiger verdichtetes Bauen und eine bessere Rendite der Liegenschaften.

Das vorliegende Dossier hat eine lange Vorgeschichte, die im Bericht an den Stadtrat viel Platz einnimmt, wenn auch leicht verklausuliert daher kommt. Ich möchte mich nicht lange damit aufhalten und mich neutral dazu äussern. Zudem nehme ich an, der Gemeinderat werde dazu noch das Eine oder Andere - und zwar politisch korrekt - erläutern. 2005 beschloss der Stadtrat, der Firma Orange Communications S.A. zwei Kaufrechte im Perimeter Esplanade einzuräumen. 2010 wurde seitens der Stadt kommuniziert, die Firma Orange Communications S.A. habe das erste Kaufrecht eingelöst. Dass die Firma das Terrain aber bereits weiterverkauft hat - eben an Hans Widmer - erfuhr die breite Öffentlichkeit erst jetzt. Das zweite Kaufrecht hat die Firma Orange Communications S.A. bis heute nicht eingelöst. Eigentlich wollte sie es wie mit dem ersten Kaufrecht machen, doch nun stimmte die Stadt dem Weiterverkauf nicht zu. Weil das befristete Kaufrecht in der Zwischenzeit abgelaufen ist, ist das

Terrain wieder frei verfügbar. Hans Widmer interessiert sich nun für diese 3'316 m² zwischen der Alpinen Finanz AG und seinem eigenen Terrain. Der Kaufpreis wurde auf CHF 1'477.00 pro m² festgelegt, was einer Gesamtsumme von CHF 4,9 Mio. entspricht. Die GPK prüfte dieses Dossier. Als Erstes irritierte sie die Abwicklung des ersten Kaufrechts. Die GPK fragte sich, wie der damalige Weiterverkauf von Orange Communications S.A. an Hans Widmer überhaupt möglich war. Nach Konsultation des Vertrags wurde aber klar, dass diese Abwicklung korrekt ablief. Die Stadt sah in diesem Vertrag erstaunlicherweise kein Rückkaufsrecht vor, sondern vereinbarte lediglich, dass sie bei einem Weiterverkauf mit dem neuen Käufer einverstanden sein muss. Das bedeutet, dass der Gemeinderat die Ermächtigungsklausel, die ihm der Stadtrat im Beschlussesentwurf damals gab, sehr grosszügig auslegte oder ein schlechter Verhandlungspartner war. Vielleicht kann der Gemeinderat dazu noch Stellung nehmen. Ein Blick auf den heute zu beschliessenden Kaufrechtsvertrag zeigt, dass eine Rückkaufsrechtsklausel erneut fehlt. Wiederum soll die Stadt bei einem Weiterverkauf einzig mit dem neuen Käufer einverstanden sein. Den Kaufpreis habe ich bereits erwähnt. Er ist um CHF 1 Mio. höher als 2005 bei der Firma Orange Communications S.A.. Das Kaufrecht wird bis zum 30. Juni 2016 befristet. Nach der Prüfung dieses Geschäfts ist die GPK jedoch der Meinung, dass die Handänderung des ersten Kaufrechts schlussendlich für die Stadt eine gute Wendung darstellt. Die Vergabe des zweiten Kaufrechts an Hans Widmer stellt eine Chance für eine gute, einvernehmliche Lösung im Interesse der Stadt und der Bevölkerung dar. Der Preis entspricht dem Marktpreis. Mehr- oder Mindereinnahmen, die sich aufgrund einer veränderten Bruttogeschossfläche ergeben, hätten finanzielle Konsequenzen zur Folge, die im Vertrag geregelt werden. Sollte es zu einer Handänderung kommen, gingen die vertraglichen Bestimmungen auch auf den neuen Besitzer über. Dass die Rückkaufklausel wiederum fehlt, ist deshalb für die GPK vernachlässigbar. In der jetzigen Situation macht es keinen Sinn, dass die Stadt die Parzelle zu einem späteren Zeitpunkt zurückkauft, zumal dies sogar zu einem Buchverlust führen könnte. Die vorliegende Lösung ist deshalb die beste. Mit diesen Bemerkungen empfiehlt die GPK dieses Geschäft zur Annahme.

Bösch Andreas, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne wird diesem Kaufrechtsvertrag nicht zustimmen. Weshalb? Eigentlich gilt in Biel das Prinzip, dass die Stadt ihr Land nur im Baurecht abgibt. In den letzten Jahren wurde trotzdem verschiedentlich Land an Firmen verkauft, die sich langfristig in Biel ansiedeln und engagieren wollten, beispielsweise im Bözingenmoos. Für die Fraktion Grüne war klar, dass solchen Partnern der Landkauf ermöglicht werden sollte. In einer Stadt, die sich Stadt der Kommunikaiton nennt, machen Telekommunikationsfirmen Sinn. Deshalb wurde das Kaufrecht an die Firma Orange Communications S.A. auch aus wirtschaftlichen Gründen gewährt, um diese Firma längerfristig an Biel zu binden. Was ist aber dann passiert? Das erste Kaufrecht wurde einer Drittperson, nämlich Hans Widmer, übertragen, der das bereits bestehende Gebäude an die Firma Orange Communications S.A. vermietet. Auf dem momentanen Parkplatz soll nun vermutlich eine Wohnsiedlung gebaut werden. Dies entspricht nicht unbedingt der Nutzung, für welche das Kaufrecht eingeräumt wurde. Nun hat der Stadtrat darüber zu befinden, ob auch das zweite Kaufrecht Hans Widmer eingeräumt werden soll. Die Fraktion Grüne ist nicht dagegen, dass in diesem Perimeter etwas gebaut wird. Sie hat auch nichts gegen Hans Widmer. Sie bekundet aber Mühe, vom Prinzip der Abgabe von Land im Baurecht abzuweichen, ohne zu wissen, was mit dem Terrain anschliessend passieren soll. Wie gesagt, soll das Land zum Marktpreis abgegeben werden. Das

bedeutet, dass auch andere Personen bereit sein könnten, den vereinbarten Preis zu bezahlen. Deshalb sieht die Fraktion Grüne nicht ein, weshalb nun bis Juni 2016 das Kaufrecht an exklusiv eine Person abgegeben werden soll. Es könnte ja sein, dass jemand anderes das Land für ein konkretes Projekt kaufen möchte. Diesfalls könnte der Stadtrat dann darüber befinden, ob dieses Projekt für die Stadt interessant genug wäre, um vom Prinzip des Baurechts abzuweichen und das Land zu verkaufen. Es sieht zwar so aus, als ob der jetzige Kaufinteressent bereits konkrete Pläne für dieses Terrain hat und solvent ist. Diesfalls soll er dem Stadtrat aber auch ein Projekt vorlegen, aufgrund dessen der Stadtrat entscheiden kann, ob er das Land im Baurecht abgeben oder verkaufen will. Mit dem vorliegenden Geschäft weiss der Stadtrat nicht, was gebaut werden soll. Die Fraktion Grüne findet, die Begründung für den Verkauf fällt weg, weil die ursprüngliche wirtschaftliche Idee, die der Stadtrat zum Verkauf bewogen hat, nicht mehr gilt. Die Fraktion Grüne stört sich zudem sehr daran, dass kein Rückkaufsrecht vorgesehen ist. Zwar soll in Zusammenarbeit mit der Alpinen Finanz AG für die Entwicklung dieses Perimeters ein qualitätssicherndes Verfahren durchgeführt werden. Die Fraktion Grüne möchte aber lieber über ein konkretes Projekt befinden. Für sie ist das vorliegende Geschäft ein Blankocheck, dessen Ausstellung die Fraktion Grüne nicht einsieht. Sie wird dieser Vorlage wie gesagt nicht zustimmen.

Löffel Christian, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU stimmt diesem Geschäft einstimmig zu. Dass grundsätzlich ein Baurecht einzuräumen ist, ist allen klar. Die Ausnahme bestätigt aber die Regel. Im vorliegenden Geschäft konnte klar aufgezeigt werden, weshalb ein Verkauf dieser Parzelle an Hans Widmer auch aus städtebaulicher Sicht durchaus Sinn macht. Sicher gibt es auch noch weitere Gründe. Noch ist nicht sicher, ob Hans Widmer das Kaufrecht überhaupt einlöst. Es geht ja noch nicht um den eigentlichen Verkauf, sondern erst um eine Verkaufsabsicht mit klar definierten Konditionen. Bereits anlässlich der gestrigen Stadtratssitzung wurde über die qualitätssichernden Verfahren diskutiert. Dazu äusserte sich die Fraktion Grüne positiv. Heute tönt es plötzlich ganz anders und die Fraktion Grüne bemängelt, dass der Stadtrat im Fall eines Verkaufs nicht wisse, was gebaut würde. Das habe ich jedenfalls so verstanden. Eigentlich handelt es sich aber um das gleiche städtebauliche Verfahren wie bei der gestrigen Diskussion zum Geschäft 20130192 «Baurechtsweise Abgabe von [...] Bauland [...] an der Wasenstrasse [...]». Es wird also sicher etwas städtebaulich Sinnvolles entstehen. Dass der Käufer schlussendlich Geld verdienen will, ist legitim und nachvollziehbar.

Hügli Daniel, Fraktion SP: Die Fraktion SP dankt dem Gemeinderat für diesen Bericht. Wie die Fraktion Grüne ist aber auch sie nicht wirklich glücklich damit. Trotzdem wird sie diesem Geschäft zustimmen. Die meisten Kritikpunkte wurden bereits erwähnt. So sympathisiert natürlich auch die Fraktion SP mit dem Baurecht. Der Kaufrechtsvertrag steht in ihren Augen etwas quer in der Landschaft und sie fragt sich, ob es auch Alternativen gegeben hätte. Der Preis scheint jedoch zu stimmen. Im Vergleich zum gestern diskutierten Geschäft Wasenstrasse weiss der Stadtrat aber nicht, wie das Gesamtpaket aussehen wird. Zudem vermisst auch die Fraktion SP die bereits erwähnte Rückkaufsklausel.

Wiher Max, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat für seinen Bericht. Auch sie bevorzugt in der Regel das Baurecht. Trotzdem erachtet sie die

Überschreibung des Kaufrechts im vorliegenden Fall als logisch und richtig. Eine derart isolierte Liegenschaft bringt wenig Nutzen. Deshalb macht es Sinn, die heute verstückelten Parzellen zusammenzulegen und so einem neuen Eigentümer neue Möglichkeiten zu eröffnen. Trotzdem hat die Fraktion GLP zu diesem Geschäft ihre Bedenken. Sie befürchtet, dass die unmittelbare Nähe zum Gaskessel und zur Barbarie zu einem Problem werden könnte. Ich erinnere an die Factory an der Kontrollstrasse, wo einzelne Einsprechende den Kulturbetrieb zum Erliegen brachten. Deshalb stelle ich dem Gemeinderat zuhanden des Protokolls folgende Fragen:

1. Ist der Betrieb des Gaskessels trotz des vorliegenden Landverkaufs langfristig gesichert?
2. Ist das Musikfestival Barbarie langfristig gesichert?
3. Was passiert, wenn neue Anwohnende in unmittelbarer Nähe des Gaskessels die "üblichen Kulturemissionen" beanstanden?

Die Fraktion GLP macht ihre Zustimmung zu diesem Geschäft von den Antworten des Gemeinderats abhängig.

Bösch Andreas, Grüne: Ich möchte noch etwas zum qualitätssichernden Verfahren sagen. Herr Löffel legte meiner Fraktion in den Mund, sie sei gestern für qualitätssichernde Verfahren gewesen und mache diese heute schlecht. Zwischen diesen beiden Geschäften gibt es einen grundlegenden Unterschied. Gestern ging es um das qualitätssichernde Verfahren im Verlauf einer Planung. Das Resultat kommt wieder in den Stadtrat und dieser wird darüber befinden können. Das ist doch etwas total anderes, als wenn wie im vorliegenden Fall Land verkauft wird! Nach dem Verkauf gilt der Zonenplan und der Stadtrat hat nichts mehr dazu zu sagen. Trotz des qualitätssichernden Verfahrens kann der Landeigentümer quasi bauen, was er will. Es wäre doch durchaus möglich, dass zuerst eine konkrete Planungsidee präsentiert wird, aufgrund derer der Stadtrat befinden kann, ob er das Land verkaufen will oder nicht. Auch die Fraktion Grüne glaubt, dass auf der fraglichen Parzelle etwas Hochwertiges und Schönes entstehen könnte, was sie unterstützt. Das ganze Prozedere läuft aus Sicht der Fraktion Grüne aber einfach verkehrt herum. Die von der Fraktion GLP geäusserten Bedenken teilt die Fraktion Grüne. Für den fraglichen Perimeter gibt es einen Grundbucheintrag, wonach auf der Seite zum AJZ kein Wohnraum geschaffen werden darf. Der Gaskessel war früher dort als eine geplante Wohnüberbauung und wird hoffentlich auch noch lange dort stehen. Deshalb ist für die Fraktion Grüne klar, dass diese Problematik von Anfang an gut im Auge behalten werden muss, wenn nun Wohnungen im Luxussegment gebaut werden sollen. Ansonsten sind Konflikte vorprogrammiert.

Grupp Christoph, Grüne: Ich möchte wissen, ob auf diesem Land noch Altlasten zu erwarten sind. Könnten diesbezüglich noch nachträgliche Verpflichtungen für die Stadt entstehen?

Steidle Silvia, directrice des finances: Hier, nous avons terminé les débats avec une affaire immobilière et aujourd'hui, nous recommençons avec une autre affaire de même nature. Malgré qu'elles diffèrent totalement l'une de l'autre, ces deux affaires montrent la richesse et le potentiel de développement dont dispose la Ville de Bienne, tout particulièrement dans le domaine de l'immobilier. Comme vous l'avez mentionné, Madame Stöckli Schwarzen, Monsieur Hans Widmer est déjà propriétaire de la parcelle située à la rue du Marché-Neuf / rue de l'Argent et c'est pour cette raison, que le Conseil municipal est entré en discussion avec lui, dès le moment où il a fait

part de l'intérêt qu'était le sien d'arrondir sa propriété foncière en faisant l'acquisition des parcelles situées à l'ouest de son terrain. Monsieur Bösch, vous demandez que la politique foncière de la Ville, qui veut que l'on pratique le droit de superficie, soit aussi appliquée dans le cas présent. Il est cependant important d'analyser les situations cas par cas. Pour le cas dont nous traitons ici, Monsieur Widmer est déjà propriétaire de la parcelle située à l'est dudit terrain. En achetant ces autres bouts de terrain, il entend réaliser quelque chose de convenable, sur l'ensemble de ce terrain, d'où la proposition de vente et non pas de droit de superficie. Monsieur Hans Widmer a su convaincre le Conseil municipal, tant sur le plan des idées, que sur celui des capacités financières visant au développement de l'ensemble du côté nord de l'aire de l'Esplanade. On peut, bien entendu, à ce jour, regretter que le premier droit d'emption n'ait pas contenu une clause de rachat par la Ville. Cela fait partie du passé et il s'agit d'un état de fait sur lequel on ne peut pas revenir.

Pour répondre à vos questions, Monsieur Wiher, l'exploitation future de la Coupole ne sera pas dérangée par ces nouvelles constructions. En ce qui concerne le Festival de la Barbarie, il est prévu, à moyen terme, de le déplacer sur la grande Esplanade ou sur la place Laure-Wyss et d'ici là, une solution provisoire sera recherchée. Vous avez également posé la question du bruit et de l'éventualité que les futur(e)s habitant(e)s se sentent dérangé(e)s par la vie culturelle. Le concours d'architecture, actuellement en cours, contient un élément selon lequel les chambres ne doivent pas donner du côté de la Coupole, mais plutôt dans une cour interne. Le projet définitif le montrera. J'affirmerais pour conclure, que le Conseil municipal juge l'offre de Monsieur Hans Widmer valable, tant pour ce qui est du prix, lequel a été négocié en conformité au marché (env. 1'477 fr./m²), que pour les raisons que je viens de mentionner. Le Conseil municipal vous recommande donc de soutenir cette affaire (*Agitations dans la salle*).

Ogi Pierre, président du Conseil de ville: Comme je le comprends, Madame Steidle, Monsieur Grupp a posé encore une question, à laquelle vous n'avez pas répondu.

Steidle Silvia, directrice des finances: J'aurais aimé avoir la question avant la séance. Je comprends que celle-ci vous soit venue spontanément. La Directrice des travaux publics me signale qu'il y a très peu de déchets...

Grupp Christoph, Grüne: Es tut mir leid, dass mir diese Frage erst jetzt in den Sinn gekommen ist. Aber die Stadtratsdebatten sind ja auch dafür da, dass sich die Ratsmitglieder eine Meinung bilden können. Welche Konsequenzen hätte die Stadt zu tragen, wenn auf diesem Perimeter tatsächlich Altlasten zum Vorschein kämen?

Güntensperger Nathan, GLP: Mein Französisch ist nicht ganz so gut und ich habe nicht ganz verstanden, in welche Richtung die Wohnungen und der Hof gehen werden. Ich denke, dass Wohnungen mit Nordausrichtung nicht sehr attraktiv sind. Das einzig Richtige wäre, die Wohnungen allenfalls gegen Süden auszurichten, also genau in Richtung Gaskessel. Ich bin immer wieder früh in der Stadt unterwegs. Samstags um 6.00 Uhr ist beim Gaskessel noch viel los. Ich kann mir nicht vorstellen, dass an dieser Stelle Wohnungen erstellt werden können für eine besser situierte Klientel, die diese Situation toleriert...

Fehr Erich, Stadtpräsident: Das Wettbewerbsprogramm wurde von der Stadtplanung in Zusammenarbeit mit Herrn Widmer erarbeitet. Deshalb möchte ich mich dazu äussern. Die Idee, dass keine Schlafzimmer nach Westen ausgerichtet sein sollen, ist mehr symbolisch zu verstehen. Eine Wohnung kann so organisiert werden, dass die lärmsensiblen Räume nicht auf der lärmigen Seite liegen. Eine schöne Terrasse könnte beispielsweise auch vor der Küche geplant werden. Alle, die auf dieser Parzelle bauen wollen wissen, dass dort der Gaskessel steht. Dessen Bestand ist durch die von Herrn Bösch erwähnte Dienstbarkeit im Grundbuch gesichert. Diese besagt, dass nordwestlich der Coupole, also in Richtung Innenstadt, keine Wohnungen gebaut werden dürfen. Der Stadtrat demonstrierte anlässlich seiner Sitzung vom 23. Februar 2006 den politischen Willen, dass der Gaskessel erhalten werden soll. Im Zuge der Diskussionen rund um das Gaswerkareal kam damals die Idee auf, den Gaskessel in Richtung Güterbahnhof zu versetzen. Dies wurde vom Stadtrat damals klar verworfen. Da der damalige Liegenschaftsverwalter die in der fraglichen Botschaft erwähnte Dienstbarkeit sogar nicht sofort nach der Abstimmung ins Grundbuch eintragen liess, wurde das Postulat 20060530, Yann Walliser, Fraktion SP, «Umsetzung der Botschaft an die Stimmberechtigten betreffend Revision des Gaswerk-Areals» eingereicht und erst nach Eintragung als erfüllt abgeschrieben. Die Situation des Gaskessels ist also politisch, aber auch rechtlich, gesichert. Wer in diesem Sektor bauen will, kennt die Vorgaben und muss entsprechende Massnahmen treffen. Theoretisch wäre denkbar, in Richtung Gaskessel Lärmschutzfenster einzubauen. Wieviele Personen aber gerne bei geschlossenem Fenster schlafen würden, sei dahingestellt... Sicher gibt es aber gute Lösungen. Eine Wettbewerbsauflage wird sicher sein, dass das Zusammengehen mit dem Gaskessel-Betrieb möglich sein muss.

Cadetg Leonhard, FDP: Gerne würde ich noch erfahren, was ein symbolisches Schlafzimmer ist... In meiner Dienstzeit habe ich eine ähnliche Erfahrung gemacht: Denjenigen, welche in der Anflugschneise des Flugplatzes Dübendorf bauen wollten (geplant waren riesige Wohnblocks), wurde gesagt, dass sie grosse Lärmbelastungen zu gewärtigen hätten. Nur 15 Jahre später gingen dieselben Personen mit Erfolg gegen den Fluglärm vor. Das heisst, dass die für das vorliegende Geschäft relevante Dienstbarkeit zwar eingetragen sein mag, dass wenn die Stadt aber nicht aufpasst, genau das Gleiche passieren kann wie in Dübendorf, es somit zu Problemen kommt. Der Stadtrat entscheidet heute Abend darüber, ob er das Land Hans Widmer verkaufen will. Herr Widmer hat bereits viel Schönes realisiert, beispielsweise in Köniz. Eigentlich ist es richtig, dass die Stadt nicht zu stark kontrollierend eingreift. Das entspricht auch dem liberalen Geist der FDP. Der Stadtrat muss sich dieser Verantwortung bewusst sein, dass er also heute unter Umständen über etwas entscheidet, das ihn in zehn oder fünfzehn Jahren wieder beschäftigen wird. Vielleicht ist dieser Entscheid nicht so schlau. Ich finde es daher ganz wichtig, dass die Stadt Biel in der heutigen Situation darauf achtet, dass sie ihr Land nur im Baurecht abgibt und dass sie dafür sorgt, dass auch ausserhalb ihrer Gemeindegrenzen kein m² Land bebaut wird. Auch stadintern wird sie ihren Wohnungsmarkt aufmerksam beobachten müssen. Ich muss mir also abschliessend noch überlegen, wie ich abstimmen soll...

Bohnenblust Simon, GLP: Ich habe noch eine Bemerkung zur Lärmdiskussion: Die Dienstbarkeit ist im Grundbuch festgehalten. Emissionsgrenzwerte sind aber auf Bundesebene festgelegt. Wenn in Zukunft jemand Beschwerde einreicht, weil diese Grenzwerte nicht eingehalten werden, hat die Stadt ein Problem. Der Stadtrat kann

nicht selber bestimmen, welche Grenzwerte für die Emissionen des Gaskessels gelten sollen...

Vote

Vu le rapport du Conseil municipal du 15 mai 2013 concernant «Rue Schöni / Rue du Marché neuf – Conclusion d'un contrat d'emption avec M. Hans Widmer», s'appuyant sur l'art. 39, al. 1, let. c du Règlement de la Ville du 9 juin 1996 (RDCo 101.1), et sous réserve du référendum facultatif, le Conseil de ville de Bienne **arrête par 38 OUI, 11 NON et 4 abstentions:**

1. Un droit d'emption est octroyé à M. Hans Widmer jusqu'au 30 juin 2016 pour un terrain d'une superficie d'environ 3'316 m² (surfaces partielles des parcelles inscrites au registre foncier de Bienne sous les numéros 2'219 et 2'226). Le prix d'achat est fixé à 4'900'000 fr., ce qui correspond à quelque 417 fr. par m² de surface brute de plancher.
2. Le Conseil municipal est chargé d'exécuter cet arrêté. Il est habilité à déléguer cette compétence à la direction responsable du dossier.

113. 20090238 AGGLOlac / Rapport des Conseils municipaux de Nidau et Bienne à l'attention des Conseils de ville de Nidau et Bienne

Rüfenacht Martin, GPK: Der vorliegende Bericht markiert den Beginn eines Jahrhundertprojekts mit Leuchtturmwirkung, das über die Region hinaus strahlen soll. Es geht um die grösste Baubrache der Schweiz mit Seeanschluss. Auch der Kanton hat die Bedeutung dieses Terrains und die damit in Zusammenhang stehenden Möglichkeiten erkannt und seine Unterstützung für dieses Projekt - zumindest moralisch - zugesichert. Heute Abend geht es um folgende Punkte:

1. Die Planungsvereinbarung zwischen den Städten Biel und Nidau sowie der Mobimo AG
2. Die Kenntnisnahme der zwischen den Städten Biel und Nidau sowie der Mobimo AG vereinbarten Grundsätze und Zielsetzungen betreffend Wert- und Risikoausgleich / Modalitäten für die Bereitstellung des Baulandes.
3. Wenn die Ergebnisse des qualitätssichernden Verfahrens und des Planerlassverfahrens die Wirtschaftlichkeit des städtebaulichen Konzeptes bestätigen, soll der Gemeinderat
 - einen Antrag für den Abschluss des Infrastrukturvertrages stellen
 - einen Antrag für den Verkauf der Liegenschaften im Eigentum der Stadt Biel stellen, soweit diese für die Umsetzung des Konzeptes notwendig sind
 - einen Antrag für die benötigten Kredite für die Phase "Projektierung / Realisierung" stellen.

Was braucht es, um ein solches Projekt mit Leuchtturmcharakter umzusetzen? Dazu braucht es Mut und eine Vision. Es braucht Geduld und Vertrauen, aber auch Aufmerksamkeit und Kontrolle, Zusammenarbeit und die richtigen Partner. Vor allem aber braucht es Zeit. Zur Initiative PubliLac äussere ich mich später.

Der GPK scheint es wichtig, dass die Stadtratsmitglieder jetzt alle Bilder, die sie bereits von AGGLOlac gesehen haben, vergessen. Es geht zurück auf Feld eins. Erstens kommt alles anders und zweitens als man denkt. Beim fraglichen Terrain handelt es sich um Hoheitsgebiet der Gemeinde Nidau. Biel besitzt dort Land, nicht mehr und nicht weniger. Biel war vielleicht Initialzünderin für AGGLOlac und gab dem Leuchtturm das Feuer. Das Sagen hat aber die Gemeinde Nidau, sie bestimmt, was, wo und wie gebaut werden soll.

Im Laufe der Planung soll die Bevölkerung befragt werden. Das braucht viel Zeit, Geduld und Vertrauen. Es geht darum, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und um die Frage nach der strategischen Wichtigkeit dieses Terrains. Ein Workshop wurde bereits durchgeführt, weitere sollen folgen. Mit einem qualitätssichernden Verfahren soll unter anderem sichergestellt werden, dass die Ziele des ISOS-Inventars (Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz) berücksichtigt werden. Um eine höhere Planungssicherheit für alle Parteien zu erreichen, werden die Eckwerte für das Verfahren aus Sicht des Ortsbildschutzes in einer Vorgehensabsprache zwischen dem Amt für Kultur des Kantons Bern und der Projektgesellschaft AGGLOlac festgelegt.

Es braucht Geduld. Nach dem heutigen Entscheid werden morgen keine Bagger auffahren und es vergehen sicher ungefähr 20 Jahre, bis alles steht und bezogen werden kann. Stellen Sie sich vor, was in 20 Jahren sein könnte. Dann werde ich 78 Jahre alt sein... Leuchtturmprojekte in dieser Grössenordnung brauchen vertrauenswürdige Partner. Ein solcher konnte für Angola mit der Mobimo Management AG gefunden werden. Die Mobimo Management AG hat bereits ähnliche Projekte durchgeführt und ist kein Generalunternehmen wie beispielsweise HRS. Die Mobimo Management AG hat die Finanzkraft, um Projekte dieser Grössenordnung stemmen zu können. Sie ist unabhängig von Grossaktionären, transparent und strebt eine nachhaltige Lösung an. Die Mobimo Management AG sagt von sich: *"Wir sind gekommen, um zu bleiben."* Sie will wo möglich mit lokalen Partnern zusammenarbeiten. Das ist vielleicht noch kein detailliertes Versprechen, aber doch ein ganz wichtiges Bekenntnis, auf welches aufgebaut werden kann. Die Mobimo Management AG zeigt anhand verschiedener Referenzobjekte wie beispielsweise Flon in Lausanne oder Torfeld in Aarau, was sie leisten und stemmen kann. Für AGGLOlac hat sie bereits CHF 4 Mio. im Voraus geleistet. Die Basis ist gelegt und ich versuche, zusammenzufassen:

Mit der Mobimo Management AG konnte ein starker Investor und Partner gefunden werden, kein Generalunternehmen. Die Gemeinde Nidau hat gezeigt, was sie will. Der Bieler Gemeinderat ist bereit, das kalkulierte Risiko einzugehen und beispielsweise das für eine gesamtheitliche Lösung benötigte Land zu verkaufen. Mit den vereinbarten Grundsätzen, die transparent aufgezeigt wurden, trägt Biel kein wirkliches Risiko. Dennoch braucht es Zeit, um beispielsweise die Infrastruktur in Nidau aufzubauen. Stichworte dazu sind Kindergärten, Schulen, Verkehrserschliessung oder schlicht Service Public. Vieles mehr ist sicherzustellen. Auch das ist nicht in kurzer Zeit möglich. Gut Ding will Weile haben.

Die Initiative PubliLac wurde aufgrund eines Rechtsgutachtens aus materiellen und formellen Gründen für ungültig erklärt. Die Wirkung von PubliLac wird sicher in kommende Projektideen einfließen. Was damit angestossen wurde, kann nicht unter

den Tisch gekehrt werden. Heute ist aber nicht der Moment, um lange über PubliLac zu diskutieren. Heute geht es um den bereits vorgestellten Beschlussesentwurf. Was passiert, wenn der Bieler Stadtrat diesen Beschlussesentwurf ablehnt? Nidau wird trotzdem bauen, denn es handelt sich um Nidauer Hoheitsgebiet. Es wird einfach rund um das Bieler Land herum gebaut, alles würde kleiner und vielleicht gar ein Flickwerk. Vielleicht wäre kein grosser Wurf mehr möglich. Deshalb soll ein Ideenwettbewerb möglichst vielfältige Ideen, städtebauliche Ansätze und Diskussionspunkte liefern. Nach dem Ideenwettbewerb soll mittels Partizipation das Machbare in eine Testplanung einfliessen. Ende 2014 soll dann eine mögliche Lösung vorliegen. Wie üblich, hat das Volk das Recht dazu, Ja oder Nein zu sagen. Es wird also vorgängig zu einer Volksabstimmung über die neue Bauordnung kommen. Aus den genannten Gründen empfiehlt die GPK die Annahme dieses Geschäfts.

Donzé Pablo, au nom de la Commission intercommunale AGGLOlac: Je ne m'étendrai pas quant au potentiel qu'offre le lieu, étant donné que Monsieur Rüfenacht l'a déjà parfaitement fait. La Commission intercommunale AGGLOlac, dont je salue la Présidente, Madame Hanna Jenni, s'est penchée avec plaisir sur cette étape importante du projet. En effet, pour autant que le rapport en question soit approuvé, nous pourrons enfin parler d'aménagement concret pour AGGLOlac, après trois ans de discussions. Étant donné que la vente du terrain ne concerne pas directement le dossier, la Commission intercommunale AGGLOlac ne s'est pas penchée en détail sur celle-ci. Mais, ce soir, nous devons néanmoins prendre connaissance des modalités de mise à disposition des terrains. L'approbation du rapport donnera lieu à un engagement entre la Direction du projet en question et l'investisseur Mobimo SA. La procédure de planification a laissé une impression positive à la majorité des membres de la Commission, qui ne peut que s'en réjouir. J'ajouterais, ici, que si les initiatives Publilac ont été déclarées non valables, la volonté de préserver un maximum d'espaces verts au bord du lac est néanmoins prise au sérieux dans le cadre du concours d'idées, qui sera lancé si ce dossier de planification est accepté ce soir. Monsieur Rüfenacht ayant déjà énuméré les éléments les plus importants qu'offre ce quartier durable au bord du lac, je termine donc ici mon intervention.

Dunning Samantha, Groupe socialiste: Le Groupe socialiste apprécie la qualité du rapport en question, qui rappelle les faits et est complet. Le choix de Mobimo SA, en tant que partenaire privé est un bon choix. En effet, cette entreprise a une certaine expérience dans ce genre de projet complexe. Tout en étant sensible aux critères de développement durable et aux processus participatifs par rapport à la population et aux différents groupes d'intérêts (l'initiative PubliLac, l'entreprise Mobimo SA), elle reste très concurrentielle au niveau financier. Il est donc possible de constater, que les préoccupations exprimées par le Groupe des Verts et le Groupe socialiste, lors de la séance du Conseil de ville d'août 2010 (relatives à la demande d'une éventuelle participation de la population et des divers groupes d'intérêt) ont été considérées. Les questions relatives à la mixité des fonctions et des types de logements se reflètent aussi dans ce rapport. Quelques incertitudes sur les coûts dus aux travaux archéologiques dépendants directement des types de construction choisis demeurent cependant et ne pourront être éclaircies, qu'après le concours d'idées relatif à la planification dudit espace. Pour cette raison, le Groupe socialiste approuve, à la majorité, ce rapport et propose d'accepter le lancement du concours d'idées et de la

planification. L'image en couverture du dossier AGGLOlac d'août 2010 n'était que l'illustration d'une des nombreuses idées de ce que pourrait être AGGLOlac et n'était pas du tout le résultat d'une planification réelle. L'organisation du concours d'idées est très importante pour donner suite à la "vision" AGGLOlac, en rendant "visibles" les différentes propositions. Ensuite, le Conseil de ville aura encore toujours la possibilité de s'exprimer pour ou contre le projet gagnant. Il serait dommage de refuser ce rapport maintenant. L'avancement, dans ce dossier, est primordial. En effet, la planification d'ensemble valorisant l'entité de la superficie entre la Gare et le bord du lac créera un pont de communication avec Nidau, tout en demeurant au coeur de la mobilité, grâce à l'accès ferroviaire et autoroutier, qui reliera ce quartier privilégié à l'ensemble de la Suisse. Tout cela grâce à un partenaire fiable, capable de relever ce défi. Notons encore, que le Conseil de ville de Nidau a déjà accepté le rapport en question. Nos partenaires nidowiens pourraient mal accepter, que la Ville de Bienne se permette de détruire la réalisation d'un projet, qui n'est même pas situé sur son propre territoire communal. Le Groupe socialiste vous recommande donc d'accepter, tel quel, le projet d'arrêté.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Es gibt ein Sprichwort, das sagt, man solle das Bärenfell nicht verteilen, bevor der Bär erlegt ist. Dieses Sprichwort kennen wohl alle. Wenn ich hier vom Bärenfell spreche, meine ich, dass der Stadtrat zu Beginn des Projektes durch wunderschöne Skizzen, die ein wunderbares, glänzendes Fell präsentierten, verführt wurde. Gegen diese Ideen regt sich nun Widerstand und gegenläufige Forderungen werden formuliert. Auch diese sollen aber dazu führen, das Fell des Bären zu verteilen, bevor das Tier erlegt ist. Ich finde den Streit um das Bärenfell völlig verfrüht. Vor allem stört es mich, dass die Jäger versuchen, sich gegenseitig abzuschliessen, bevor sie überhaupt in den Wald gehen. Als Grüner bin ich natürlich grundsätzlich gegen Bärenjagden (*Gelächter*). Deshalb bin ich froh, dass der Stadtrat heute über das Projekt AGGLOlac debattieren kann und keine Bären erlegen muss. Den Verantwortlichen möchte ich für die gute Vorlage und die spannende Präsentation vor gut zwei Wochen in der Weidteile-Turnhalle in Nidau danken. An dieser Infoveranstaltung sagte der Nidauer Stadtpräsident in seinem Eingangsvotum, nur wer komplett gegen eine Neuplanung des Expoareals sei, könne das heute vorliegende Geschäft ablehnen. Wer diesen Standort hingegen als grundsätzlich geeignet für eine grössere Überbauung erachte, für die eine umfassende Planung erstellt und Projekte ausgearbeitet werden müssen, solle jetzt Ja sagen. Nur so können weitere Konkretisierungen vorgenommen werden, auf dass eines Tages ein abstimmungsreifes Projekt vorliegt, das immer noch angenommen oder zurückgewiesen werden kann. Ich glaube, der Ausgang der heutigen Abstimmung im Stadtrat ist weniger schwarz-weiss, als das Votum des Nidauer Stadtpräsidenten vielleicht suggeriert.

Die im Bericht dargestellten Abklärungen der letzten zwei Jahre zeigen Folgendes auf: Erstens befinden sich auf diesem Terrain sehr viele archäologische Objekte und Fundstellen. Wahrscheinlich muss recht grossflächig und tief gegraben werden, ja sogar in tieferen Schichten als angenommen. Dabei wird es darauf ankommen, wo künftig gebaut werden soll. Auf jeden Fall kommen diese archäologischen Grabungen sehr teuer zu stehen. Wenn der Kanton sich nicht massgeblich an den Kosten beteiligt, werden die Renditeaussichten wohl auch für die Mobimo Management AG relativ gering. Zweitens hat es offenbar sehr viele, zum Teil grossflächige Bereiche mit Altlasten. Zum Glück sind diese Altlasten aber nicht sehr tief im Boden und von

den Stoffen her weniger gravierend. Trotzdem wird auch die Sanierung dieser Altlasten einiges kosten. Dieses Risiko fällt auf die Städte Biel und Nidau zurück. Die möglichen künftigen Einnahmen deuten derzeit auf eine Rendite sowohl für Biel als auch für den Investor hin. Nidau würde von den Steuereinnahmen der künftigen EinwohnerInnen profitieren. Gemäss den im Bericht enthaltenen Risikoberechnungen dürfte das Projekt auch aus wirtschaftlicher Sicht rentieren - der Stadtrat muss ja schlussendlich auch über den Vertrag zum Werte- und Risikoausgleich befinden.

Nachhaltiges Bauen ist auch für die Fraktion Grüne sehr wichtig. Es wird im Bericht zusammen mit dem partizipativen Verfahren als beispielhaft und sehr gelungen aufgeführt, wenn es tatsächlich wie beschrieben angegangen wird. Darauf vertraue ich auch aufgrund dessen, was ich über die Mobimo Management AG weiss und wie sich deren Vertreter anlässlich der Präsentation geäussert haben. Ich bin zuversichtlich, dass das qualitätssichernde Verfahren richtig durchgeführt werden wird. Ist unter dem Strich also alles bestens und der Stadtrat kann diesem Projekt mit Applaus zustimmen? Von mir aus gesehen nicht ganz, denn es gibt auch heikle Aspekte. Wie heute Abend bereits erwähnt, sind Landverkäufe für die Fraktion Grüne ein rotes Tuch. Anlässlich der Debatte zur Vision «AGGLOlac» im Oktober 2010 präsentierte die Fraktion Grüne einen Änderungsantrag, der verlangte, das Land sei nicht zu verkaufen, sondern im Baurecht abzugeben. Der Verlauf der Debatte bewog die Fraktion Grüne jedoch damals dazu, ihren Antrag zurückzuziehen. Trotzdem erhoffte sie sich eine vertiefere Abklärung dieser Frage. Das geschah nicht. Deshalb wird ein Teil der Fraktion Grüne dem vorliegenden Geschäft heute Abend nicht zustimmen.

Bezüglich Geotechnik fielen einige Passagen in diesem Bericht derart fachchinesisch aus, dass der Leserschaft zwei Möglichkeiten bleiben: entweder sie bleibt skeptisch oder sie hat einfach Vertrauen in etwas, das auf sehr unleserliche Art und Weise erläutert wird. Mich hat sehr erstaunt, dass nirgends etwas zur Hochwassergefahr steht. Anlässlich der Präsentation wurde diese Gefährdung vom Stadtplaner - für mich allerdings nicht sehr stichhaltig - als gering bezeichnet. In einem Gebiet, in dem sich Land und Wasser mittels Kanäle eng verzahnen sollen, scheint mir diese Frage jedoch sehr zentral zu sein. Auch wenn die Idee von Kleinvenedig bereits versenkt wurde, bleibt die Nähe zum Wasser. Wegen der Erfahrungen, die Biel in den letzten Jahrzehnten mit Hochwasser gemacht hat, finde ich diese Frage zentral. Sie wird im Bericht zu wenig beantwortet. Mich stört auch, dass die Archäologie ausschliesslich als Kostenfaktor und als "Klotz am Bein" behandelt wird, auch wenn sie dies einerseits natürlich ist. Andererseits ist damit aber die Geschichte unserer Stadt, vielleicht gar ein bisschen unsere Identität verbunden. Es geht um wertvolle Kulturgüter. Ich wünschte mir, dass auch diese Seite beleuchtet wird oder ihr künftig gar vermehrt Rechnung getragen werden kann. Vielleicht könnte ja sogar eine Art Schaufenster oder ein kleiner Ausstellungsraum vorgesehen werden, um auf diese Thematik einzugehen. Das Museum Laténium in der Nähe von Neuenburg beispielsweise ist genau diesem historischen Erbe verpflichtet und hat sehr grossen Zulauf.

Ob die angestrebte Durchmischung der Bevölkerungsschichten in der Überbauung tatsächlich erreicht werden kann, stellt eine politische Herausforderung dar. Aus Sicht der Fraktion Grüne muss alles unternommen werden, damit es zu keinen Ghettoerscheinungen kommt. Dank einer guten Durchmischung kann ein lebendiges

Quartier entstehen. Vor allem soll der Zugang zum See für alle gewährleistet werden, nicht nur für diejenigen mit den dicken Portemonnaies oder diejenigen, die sich gerade rechtzeitig eine Wohnung unter den Nagel reissen konnten... Ich wünsche mir, dass sich die zuständigen PolitikerInnen der AGGLOlac-Kommission entsprechend einsetzen.

Wenn ich als Fraktionssprecher zusammen mit zwei, drei weiteren Fraktionsmitgliedern schlussendlich für diese Vorlage stimme, hat das primär damit zu tun, dass es in der ganzen Agglomeration und der Region Seeland nirgends eine so geeignete, verkehrsmässig so gut erschlossene, attraktive Fläche gibt, um der erwarteten Bevölkerungsentwicklung auf so gute Art und Weise begegnen oder an einem solchen Ort derart qualitativ bauen zu können. Wenn die PlanerInnen und Projektverantwortlichen beim Wort genommen werden können und die partizipative, sorgfältige Planung tatsächlich so umgesetzt wird wie im Bericht dargelegt, kann sich die Stadt auf ein gutes, qualitativ hochstehendes Projekt freuen. Alles andere wäre eine Enttäuschung und würde die Realisierung von AGGLOlac in Frage stellen, noch bevor das Projekt überhaupt an die Urne kommt. Schlussendlich geht es nicht um das Bärenfell, sondern um das Filetstück. Und ein gutes Filet - davon bin ich überzeugt - verdient nur die beste Zubereitung.

Moser Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: AGGLOlac steht für die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU für ein öffentliches, attraktives Seeufer. AGGLOlac ist eine Vision im Anfangsstadium. Es ist noch nicht viel bekannt, die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU möchte aber zu gegebener Zeit mehr erfahren. Deshalb soll das Projekt entsprechend vorangetrieben werden. Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU möchte aussagekräftige Unterlagen über mögliche Planungsschritte als Grundlage zu künftigen Entscheidungen. So, wie ich die Mobimo Management AG bisher erlebt habe, gehe ich davon aus, dass sie die Anliegen aus der Bevölkerung aufnehmen wird. Wenn sie das nicht tut, wird das Projekt scheitern. Die Mobimo Management AG führte Interviews mit VertreterInnen aller Bevölkerungsgruppen und versucht, daraus etwas Gutes zu entwickeln. Würde sie nicht versuchen, auf alle Anliegen einzugehen, führte dies zu Problemen. An einem Scheitern des Projekts haben weder die Mobimo Management AG noch die Städte Biel und Nidau wie auch die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU ein Interesse. Zu viel steht auf dem Spiel. Der GPK-Sprecher sagte es: es geht um die schweizweit grösste Brache mit Seeanstoss. Bereits 2009 stand dies in der NZZ. AGGLOlac ist eine einmalige Chance. Dieses Terrain soll keine Brache bleiben. Es gibt Personen, die sagen, anlässlich des diesjährigen eidgenössischen Turnfests oder während der Expo.02 habe das Gelände sehr schön ausgesehen. Das mag stimmen. Dazwischen liegen aber zehn Jahre Brache. Solch grosse Anlässe finden nur alle zehn oder gar zwanzig Jahre statt. Das Einzige, was mir diese Anlässe gezeigt haben ist, dass die Überquerung der Aarbergstrasse endlich verbessert werden sollte, egal ob AGGLOlac realisiert wird oder nicht. Schon der geplante Campus ist Grund genug. Entsprechende Vorstösse sind hängig. Den vorliegenden Bericht abzulehnen wäre das Dümme im dümmsten Moment, denn dadurch gäbe es nur Verlierende, ohne dass jemand wüsste, wie es weitergehen soll. Das wäre, wie wenn das Flugzeug in die Badeferien kurz vor dem Abheben einen Notstopp machen und alle Passagiere ohne jegliche Informationen aussteigen müssten. Der Stadtrat darf sich nicht blenden lassen von einigen, zwar sehr schönen, Grossereignissen. Solche kommen nicht nochmals nach Biel. Zwischen den Grossereignissen fanden auf der Expo-Brache Zeltlager, Autoausstellungen und

vieles mehr statt. Das kann nicht das Ziel sein. Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU will Leben am See, und zwar nicht nur bei schönem Wetter am Wochenende, so wie es heute am Strandboden ist. Ich wohne fast dort und kenne den Unterschied zwischen schönem und schlechtem Wetter. Dieses Ufer soll jeden Tag leben. Deshalb muss die Stadt an den See. Es gibt genügend gute Beispiele, wie Neuenburg, Genf, Zürich oder Zug. Überall sind die Seeufer bei jedem Wetter und jeden Tag belebt. In Biel ist das nicht der Fall. Im Winter herrscht am Strandboden unter der Woche tote Hose. Es hat nur ein paar Hunde. AGGLOlac bietet die Möglichkeit für einen Erholungsgürtel vom Nidauer Strandbad über die Bucht bis nach Vingelz. Vielleicht wird sogar die Brücke über den Nidau-Büren-Kanal realisiert. Dafür sind jedoch die Gemeinden Nidau und Ipsach zuständig. In diesem Fall müsste sogar noch das Erlenwäldli erschlossen werden. Es braucht ja nicht unbedingt die teuerste Drehbrücke, sicher gäbe es auch andere Möglichkeiten. Dabei denke ich beispielsweise an eine Hafenerweiterung in Ligerz oder Ipsach für die grossen Segelschiffe.

Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU bittet den Stadtrat, diesem Projekt eine Chance zu geben, so dass dieses Pflänzchen weiter wachsen kann. Die im Raum stehenden Fragen werden in den folgenden Projektschritten sicher beantwortet werden können. Herr Grupp, es ist klar, dass mit einer Visualisierung die Gefahr besteht, sich darauf zu berufen. Gleichzeitig hat aber gerade dieses Parlament solche Visualisierungen verlangt. Sie haben Vor- und Nachteile. Die Nachteile werden jetzt sichtbar. So wurde zu früh behauptet, die darauf gezeichneten Häuser, Balkone und Farben entsprächen bereits einem realen Projekt. Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU unterstützt diese Vorlage klar.

Hueter Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen diskutierte dieses Geschäft zum Teil recht kontrovers. Erstaunlicherweise kamen dabei ähnliche Punkte zur Sprache wie sie die Fraktion Grüne darbrachte. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen glaubt jedoch, ein Ja zum heutigen Bericht komme einem Ja zu AGGLOlac gleich. Wenn der Stadtrat heute Ja sagt, wird er in ein paar Jahren kaum den Mut zu einem Nein haben. Dannzumal wird bereits sehr viel Geld ausgegeben sein. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen fand in dieser Vorlage aber sehr viel Positives. Viele Ideen der Initiative PubliLac sind bereits eingeflossen. Deshalb sieht das Gesamtprojekt für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nun bereits um einiges besser aus als noch vor einem Jahr. Das finanzielle Risiko scheint relativ gering zu sein, wenn alles gut kommt und die Vorlage vom Volk genehmigt wird. Es gab aber auch negative Stimmen, die beispielsweise feststellten, dass das Land gar nicht Bieler Boden sei. Somit solle die Stadt Nidau selber bestimmen, was mit diesem Terrain passieren soll. Sicher würde sie auch etwas Gutes realisieren, wenn die Stadt Biel ihr das Land einfach verkaufen würde. Ein weiteres Argument war, dass die Brache auch einfach so belassen werden könne, wie sie heute ist. Es kann durchaus erholend sein, sich dort aufzuhalten, wenn sich nur wenige dort aufhalten. Zudem dient das Gelände heute für Grossanlässe wie beispielsweise die Beach-Volleyball-EM, die der Stadtpräsident nach Biel holen will. Wieso also das Land nicht einfach so belassen und über einen Generationentransfer für die nächste Generation bewahren? Vielleicht haben andere bessere Ideen oder neue Ausgrabungstechnologien, welche die Archäologie verbilligen. Im Weiteren fragte sich die Fraktion SVP/Die Eidgenossen, was passieren würde, wenn diese Vorlage entweder vom Stadtrat oder vom Volk abgelehnt wird. Wenn der Vertrag mit der Mobimo Management AG von Seiten der Stadt gekündigt würde, muss Biel CHF 1,25 Mio. sowie allfällige

Nachfinanzierungen von maximal CHF 0,75 Mio. an die Mobimo Management AG zurückzahlen. Somit wären wieder CHF 2 Mio. für nichts ausgegeben. Wie gesagt, wurde dieses Geschäft in der Fraktion SVP/Die Eidgenossen sehr kontrovers diskutiert. In der vorliegenden Form lehnt sie es aber mehrheitlich ab.

Bohnenblust Simon, Fraktion GLP: Besten Dank meinen VorrednerInnen und insbesondere dem Sprecher der GPK für die Vorstellung dieses Berichts und des geplanten Vorgehens. Was das Bild eines Bärenfells anbelangt, hoffe ich, dass es dieses Projekt einfacher haben wird als der Bär in der Schweiz... Die Fraktion GLP findet es wichtig, dass die Kosten nicht überhand nehmen. Die Vorabklärungen betreffend Archäologie und Altlasten zeigen, dass das Bauvorhaben erhebliche Kosten auslösen könnte. Das Projekt muss sicher noch optimiert und den Kosten einen Rahmen gesetzt werden, wobei die Wirtschaftlichkeit immer gegeben sein muss. Leider zeigte sich bereits bei anderen Projekten, dass es immer wieder zu Überraschungen kommen kann, die zu grösseren Mehrkosten führen. AGGLOlac wird in Zukunft sicher kritischer begleitet als andere städtische Projekte. Für die weitere Planung ist der Einbezug verschiedener Interessengruppen vorgesehen. In diesem Zusammenhang ist sicher auch die Initiative PubliLac erwähnenswert. Zahlreiche EinwohnerInnen beider Gemeinden haben mit ihrer Unterschrift gezeigt, dass das Seeufer weiterhin der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen soll. Im vorliegenden Ideenwettbewerb wird kurz darauf eingegangen. Herr Haueter sagte zwar, es seien viele Ideen von PubliLac aufgenommen worden. Vielleicht ist das jedoch eine Interpretationsfrage... Die Fraktion GLP erwartet, dass der Grundgedanke der Initiative weiterverfolgt wird. Sie wird die weitere Planung im Auge behalten. Sollte sich diese aus Sicht der Fraktion GLP in eine falsche Richtung entwickeln, wird mittels Vorstössen eine positive Projektentwicklung erwirkt werden. Das ist sie den zahlreichen Unterzeichnenden der Initiative PubliLac schuldig. Sicher sind einige Punkte im Bericht diskussionswürdig. So fehlen, wie bereits gesagt wurde, Aussagen zum Hochwasserschutz. Beim Ideenwettbewerb wird dies aber berücksichtigt. Das zeigt auf, dass der vorliegende Bericht erst die Grundlage für die weitere Planung darstellt. Mit dem Ideenwettbewerb soll das Projekt weiter optimiert werden. Als Mitglied des Tennisclubs Dufour bin ich persönlich von diesem Projekt betroffen. Mit gewissen Aussagen im vorliegenden Bericht bin ich nicht ganz einverstanden. Aber, wie gesagt, dient dieser ja einfach als Grundlage für die weitere Beratung. Zusammenfassend ist die Fraktion GLP bezüglich dieses Geschäfts geteilter Meinung. Sie erkennt dessen Potenzial, wobei eines ihrer Mitglieder als Unternehmer direkt davon betroffen ist, weshalb es bei der Abstimmung enthalten wird. Wie gesagt, ist es der Fraktion GLP ein Anliegen, die Interessen der Initiative PubliLac in der weiteren Planung einfließen zu lassen. Deshalb werden sicher auch einige Fraktionsmitglieder dieses Geschäft ablehnen.

Gurtner Roland, Passerelle: Au nom du mouvement Passerelle, j'aimerais, d'une part souligner l'excellence du projet en question et d'autre part, remercier les Conseillers municipaux de Nidau et de Bienne, pour la qualité de ce rapport, qui est très complet et très détaillé. Après que le Conseil de ville ait approuvé, en octobre 2010, un crédit de 150'000 fr., en vue de clarifications supplémentaires et en acceptant ainsi d'avancer dans ce dossier, nous en sommes, aujourd'hui, à un autre point clé de ce dossier, celui de donner le feu vert à la planification d'un nouveau quartier et de passer donc de la phase de la vision à celle de projet concret. La très

bonne nouvelle dont ce rapport nous fait part est, que l'agglomération biennoise va se doter d'un quartier à caractère durable, qui sera l'un des plus grands et plus beaux de Suisse.

Lors de la séance d'octobre 2010, le Conseil de ville avait proposé d'étudier la question d'une réalisation d'un écoquartier (quartier urbain à caractéristiques écologiques modernes). Nous sommes, aujourd'hui, heureux de constater, que nos vœux ont été comblés, car en intégrant la notion de durabilité, le projet va même plus loin. Cette notion de durabilité s'est précisée ces dernières années avec l'aide de l'Office fédéral du développement territorial et de l'Office fédéral de l'énergie, qui ont développé l'outil d'évaluation "Quartiers durables by Sméo" (logiciel Open Source libre d'accès). Cet outil d'évaluation constitue une aide précieuse, non seulement dans la phase de planification et réalisation d'un projet de quartier selon les principes du développement durable, mais aussi du point de vue de l'exploitation, une fois le quartier construit. Je suis heureux, que le projet AGGLOlac s'appuie sur cet instrument d'évaluation. Il me paraît important de souligner ici, que le projet AGGLOlac, tout comme le projet envisagé à la Gurzelen, ne sont en fait rien d'autre, que la mise en oeuvre du Projet de territoire suisse. Il s'agit d'un projet de la Confédération, qui se fonde sur la stratégie nationale pour le développement durable. Il est le fruit d'une longue procédure, qui a vu la participation de la Confédération, des cantons, des villes et des communes. Donc, par l'entremise de l'Union suisse des villes, Bienne y a aussi pris part. Ce projet propose une certaine vision du développement futur du territoire et demande, que les constructions soient concentrées au coeur des villes, tout en assurant une bonne qualité de vie, afin de lutter contre le mitage du territoire.

Passerelle soutient avec conviction la réalisation du projet AGGLOlac, non seulement pour la qualité des espaces verts, qu'il va offrir et dont la surface est plus importante que celle d'aujourd'hui, mais aussi tout particulièrement pour la bonne liaison piétonne et cyclable, qui verra le jour entre Bienne et Ipsach, grâce à la construction d'un pont sur l'Aar. Passerelle approuve pleinement la convention de planification bien conçue, qui est soumise ce soir. Cette convention permettra de lancer les travaux de planification, en vue de réaliser un quartier, qui fera tant la fierté de Nidau, que celle de Bienne et qui saura valoriser et renforcer l'ensemble de l'agglomération biennoise.

Bohnenblust Peter, FDP: Zuerst möchte auch ich danken für den umfassenden Bericht und für die gute gemeindeübergreifende Arbeit. Es ist nicht selbstverständlich, dass zwei Gemeinden so gut zusammenarbeiten können. Da ich meine ersten zwanzig Lebensjahre in Nidau verbracht habe, bin ich nun doppelt stolz. Ich erlaube mir, eine Präzisierung anzubringen, um allfällige Missverständnisse zu vermeiden. Ich weiss, dass es heute noch nicht um ein Landgeschäft geht. Ein solches könnte aber allenfalls zum Folgegeschäft werden. Ich beziehe mich auf Ziffer 14, Grundeigentümer und Baurechtsnehmer auf Seite 35 des Berichts AGGLOlac und insbesondere auf Ziffer 14.3, Tennisplätze. Ich kann aus dem Nähkistchen plaudern, weil ich Präsident des einen betroffenen Tennisclubs Dufour bin. In diesem Kapitel steht, Clubs und Grundeigentümer seien kontaktiert worden, was stimmt. Es steht auch, diese hätten den Verlegungsvorschlag positiv aufgenommen. Das ist zwar nicht falsch, aber auch nicht ganz wahr. Das Baurecht für die beiden Clubs läuft noch bis 2028. Der Tennisclub Schlossmatte ist zudem Eigentümer eines Teils des Platzes.

Gewisse Gespräche haben stattgefunden, aber sicher noch keine Vorverhandlungen. Die Tennisclubs können sich eine Verlegung vorstellen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind. Erstens muss ein Ersatzplatz vorhanden sein, beispielsweise in Ipsach. Zweitens muss eine Abgeltung für die vorzeitige Auflösung des Baurechts bezahlt werden, so wie es beispielsweise beim Tennisclub Biel der Fall war, als dieser von der Gurzelen ins Bözingenmoos zog. Für diese Verlegung bekam der Tennisclub Biel CHF 2,5 Mio.. Deshalb sind die Vorstände der beiden betroffenen Tennisclubs einverstanden, weiter zu diskutieren. Sollten aber ihre beiden Forderungen nicht berücksichtigt werden, läuft das Baurecht bis 2028 weiter. Damit wollen und können sie AGGLOlac nicht verhindern. Es wäre aber schade, wenn keine Lösung gefunden werden kann. Das Schönste wäre, wenn die Tennisplätze gar nicht verlegt werden müssten.

Hamdaoui Mohamed, PSR: Je faisais partie de ces biennois et nidowiens assez sceptiques face à ce projet. J'approuverai pourtant, tout à l'heure le projet d'arrêté. En effet, en disant "oui" aujourd'hui à ce projet, ce n'est pas dire "oui" à AGGLOlac, mais bien plus d'accepter de répondre à un certain nombre de questions posées aujourd'hui très clairement comme celles de la protection de l'environnement, des questions très importantes archéologiques (nous savons qu'il y a des sites palafittiques potentiellement intéressants pour toute la région) ainsi que toutes les questions du domaine de la géologie et liées à la politique immobilière de la Ville. Je pense, qu'en acceptant cet arrêté, on dispose d'une occasion rêvée de pouvoir apporter des réponses à ces questions. Ces questions, dans le cas d'un rejet, reviendront dans cinq, dix, voire quinze ans, au cas où un autre projet venait à pointer à l'horizon. Je trouve, qu'un rejet d'aujourd'hui équivaldrait à reculer un peu pour mal sauter! Je vous propose donc d'accepter ce projet d'arrêté, pour pouvoir obtenir des réponses concrètes à toutes les questions posées. Finalement, le Conseil de ville aura la possibilité de se prononcer lors de la présentation du projet concret et il sera encore toujours temps, si l'on reste sceptique comme je le suis moi-même, de voter non.

Wiher Max, GLP: Auch ich danke dem Gemeinderat für seinen ausführlichen Bericht. Das meine ich nicht ironisch. Ich finde den Bericht sehr umfangreich, informativ und übersichtlich. Ich werde noch oft darin blättern, wenn ich Details zu AGGLOlac suche. Wahrscheinlich überrascht es aber niemanden, dass meine inhaltliche Einschätzung des Berichts weniger positiv ausfällt als diejenige meiner VorrednerInnen. Ich möchte aus meiner Sicht einige kritische Punkte ansprechen:

- AGGLOlac alias Klein-Venedig: Alle kennen die wunderschönen AGGLOlac-Skizzen mit Kanälen, die das neue Quartier durchfliessen. Diese machten vielen BürgerInnen Lust auf die neue Überbauung. Als ich aber die Wettbewerbsausschreibung las, stellte ich fest, dass die Erstellung von 1 m² Kanal CHF 7'600.- kostet. Im Vergleich dazu kostet die Erstellung von 1 m² Grünfläche gerade mal CHF 45.-. Das ist 170-mal günstiger. Da können sich alle ausrechnen, wieviele der versprochenen Kanäle wohl umgesetzt werden... Sogar die Mobimo AG hat bereits Bedenken zu den Kanälen geäussert. Klein-Venedig war also nicht mehr als eine werbewirksame Mogelpackung, mit welcher den BürgerInnen der Speck durch den Mund gezogen wurde.
- Kostenrisiko: Im AGGLOlac-Budget sind Archäologiekosten von CHF 12,5 Mio. enthalten. Auf einer Fläche von 6'000 - 8'000 m², die für AGGLOlac zweckmässig wären, rechnet der Kanton aber mit Archäologie-Kosten von CHF 25 - 30 Mio..

Gemäss Bericht ist eine Mitfinanzierung durch den Kanton unerlässlich. Wann die Finanzierungszusicherungen von Bund und Kanton vorliegen werden, ist heute noch völlig offen. Die Planung startet also ohne die entsprechenden Zusagen, obwohl sie gemäss Bericht vor Abschluss der Planungsphase notwendig sind. Dieses Vorgehen finde ich gewagt.

- Im AGGLOlac-Budget sind zudem CHF 5,5 Mio. für die Entsorgung der Altlasten enthalten. Erst kürzlich machte die Stadt mit dem Esplanade-Parking sehr teure Erfahrungen. Auch dort wurden die Kosten aufgrund von Sondierungsbohrungen geschätzt. Trotzdem wurden sie um mehr als 100% überschritten. Wenn ich diese Kostenüberschreitung auf AGGLOlac umlege, ergibt sich folgende Kopfrechnung: die errechneten Kosten für die Altlastensanierung betragen CHF 5,5 Mio. plus CHF 30 Mio. für die Archäologie ergeben CHF 35,5 Mio.. Das multipliziere ich aufgrund der Erfahrungen auf der Esplanade mit zwei, was CHF 71 Mio. ergibt. Wenn ich nun die bereits budgetierten CHF 12,5 Mio. für Archäologie und die CHF 5,5 Mio. für die Altlastensanierung wieder abziehe, ergibt sich ein Kostenrisiko von sage und schreibe CHF 53 Mio.. Wer zahlt das am Schluss, falls dieses realistische Worst-Case-Szenario à la Esplanade erneut eintrifft?
- Die Initiative PubliLac soll Bestandteil dieses Berichts sein. Deshalb erlaube ich mir, im Namen von mehr als 3'300 StimmbürgerInnen diese Initiative anzusprechen. Ich gehe aber nicht auf die Details der Ungültigkeitserklärung der Initiative ein, denn jede Rechtsfrage ist Ermessensfrage und das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Über die Art und Weise, wie dieser Entscheid zustande kam, möchte ich den Stadtrat trotzdem rasch informieren. Die Städte Biel und Nidau haben einen Gutachter beauftragt, die Initiative zu prüfen, der sie als ungültig beurteilte. Daraufhin liess das Initiativkomitee ein Gegengutachten erstellen, worauf die beiden Städte ihren Gutachter beauftragten, ein Obergutachten zu erstellen. Auf seine Empfehlung hin entschieden die Städte, die Initiative für ungültig zu erklären. Das Initiativkomitee hatte dabei sehr schlechte Karten. Es gibt nämlich mehrere Initiativen, die formal oder inhaltlich exakt mit der Initiative PubliLac übereinstimmen, im Gegensatz zu PubliLac aber für gültig erklärt wurden. Das ist für das Initiativkomitee unerklärlich. Trotzdem bedauere ich die Frontverhärtung, die durch diesen Entscheid ausgelöst wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt pflegte das Initiativkomitee PubliLac nämlich sowohl mit der Mobimo Management AG als auch mit den beiden Städten eine sehr gute Gesprächskultur und die Zusammenarbeit war konstruktiv. Das Initiativkomitee wollte das Projekt AGGLOlac nie verhindern, sondern lediglich optimieren. Letztendlich könnte sich dieser umstrittene Entscheid für Biel und Nidau als Eigengoal herausstellen, nämlich dann, wenn eine kleine Wiese zur Achillesferse des grossen Projekts AGGLOlac wird.

Mit meiner Stimme will ich dazu beitragen, dass dieser Bericht in Biel nicht einstimmig durchgewunken wird.

Arnold Marc, SP: Ein deutscher Bundeskanzler sagte einmal, wenn ein Politiker Visionen habe, solle er zum Arzt gehen. Soviel zum Votum des GPK-Sprechers... Im Bericht geht es um einen Perimeter von 162'700 m², der sich vom Bieler bis zum Nidauer Strandbad erstreckt. Die Parzelle scheint sehr gross. Allerdings besitzt die Gemeinde Nidau bloss 70'000 m², darin inbegriffen sind das Nidauer Strandbad, das Hundemätteli sowie das Wäldchen zwischen dem Nidauer Strandbad und dem Barkenhafen. Das alles soll sicher nicht verschwinden. Biel besitzt 83'800 m² Land. Heute Abend nun wird immer von dieser Brache gesprochen. Ich liess mir zu dieser

die Grundbuchauszüge zustellen. Zu den 83'800 m² der Stadt Biel zählen drei grosse Parzellen, die im Grundbuch als Strandbad Biel eingetragen sind und zusammen knapp 50'000 m² ausmachen. Das wird im vorliegenden Bericht mit keinem Wort erwähnt, obwohl 50'000 m² der 83'800 m² allein das Strandbad ausmachen. Zwischen Nidauer Strandbad und Barkenhafen besitzt die Stadt Biel zudem einen kleinen Spickel von 5'000 m². Dieser ist zwar im Grundbuch nicht als Strandbad eingetragen, wird aber von diesem mitbenutzt. Zudem können dort via Strandbad Biel auch Schiffe eingewassert werden. Es handelt sich also um eine Freizeit- und Badefläche von gesamthaft fast 55'000 m². 1929 wurden die ersten beiden grossen Teilgebiete für das Strandbad Biel gekauft, 1986 kam noch die umstrittene Wiese dazu. Während der Planung zur Expo.02 wurde versprochen, dass das Strandbad nach diesem Anlass wieder so hergestellt werde, wie es vorher war und die Expo.02 vergütete der Stadt die entstandenen Schäden. Die Brachenmär entstand nur deshalb, weil die Stadt Biel das Strandbad nie mehr so wiederherstellte wie vereinbart. Das heisst, die sogenannte Brache umfasst eigentlich nur 28'000 m². Der Stadtrat beriet schon einmal über ein FIFA-Fussballfeld. Ein solches ist zwischen 6'400 m² und 8'400 m² gross. Nun kann ausgerechnet werden, wie gross dieser sogenannte "grosse Wurf" ist, über den nun gesprochen wird... Diesem Geschäft kann ich demzufolge nicht zustimmen.

Bohnenblust Peter, FDP: Eigentlich sollte an dieser Stelle keine Diskussion über die Initiative PubliLac geführt werden. Nachdem sich Herr Wiher aber recht ausführlich dazu geäussert hat, möchte ich auch noch etwas dazu sagen. Wenn Herr Wiher sagt, alle Rechtsfragen seien Ermessensfragen, ist das nur ein Teil der Wahrheit. Es gibt Rechtsfragen, die ganz klar beantwortet werden können, also keine Ermessensfragen sind. Liest man den Entscheid und die dazugehörige, eingehende Begründung des Gemeinderats zur Ungültigerklärung der Initiative PubliLac (welche sich im Übrigen weitgehend auf das Gutachten von Dr. Friedrich stützt) und vergleicht diese Ausführungen mit den Ausführungen der Initianten, von welchen man nicht weiss, von wem sie stammen (was mich als Juristen doch sehr erstaunt), ist die Sachlage klar. Meines Erachtens sollte nun nach vorne geschaut werden und die guten Ideen der Initiative PubliLac sollten in das Projekt der Mobimo Management AG einfließen. Diesfalls gewinnen alle. Dem ist aber nicht so, sollte weiter der Rechtsweg beschritten werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Arnold, ich schätze den von Ihnen zitierten Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt sehr. Trotzdem hat er nicht immer Recht, beispielsweise wenn es um seine Aussage zu den Visionen geht. Natürlich sollten PolitikerInnen nicht den ganzen Tag nur Visionen entwickeln. Sie brauchen im richtigen Moment Visionen, aber auch Pragmatismus und Durchsetzungsvermögen. Keine dieser Eigenschaften ist allein immer richtig, vielmehr hängt dies immer auch von der Situation ab. Herr Rüfenacht, ich habe rasch nachgerechnet: ich hätte wirklich nicht gedacht, dass Sie 13 Jahre älter sind als ich, Kompliment. Ich bin davon überzeugt, dass Sie noch in der AGGLOlac-Überbauung werden wohnen können! Doch nun zum Geschäft... Ich bin wirklich froh, dass eine grosse Mehrheit des Stadtrates die Bedeutung dieses Projektes erkennt. Auch diejenigen, die aus bestimmten Gründen Vorbehalte hegen oder gar dagegen sind, verteufeln nicht alles, sondern anerkennen, dass es sich aus raumplanerischer Sicht um ein sehr spezielles Gebiet handelt. Es erfüllt die Kriterien für modernes, verdichtetes Bauen in bereits besiedelten Gebieten. Das Gebiet ist nur fünf Gehminuten vom Bahnhof Biel und

zukünftig voraussichtlich drei Minuten vom nächsten Autobahnanschluss entfernt. Es ist mit dem lokalen öffentlichen Verkehr, per Velo und auch zu Fuss problemlos erreichbar. Es ist wirklich besser, an einem solchen Ort zu bauen als unberührtes Kulturland einzuzonen und dort zu bauen. Die Zeit der Einfamilienhäuser ist im urbanen Gebiet vorbei. Die zunehmende Bevölkerungsdichte verlangt andere Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Das hat auch der Kanton erkannt. Deshalb zeichnete er AGGLOlac mit dem Preis "ESP Wohnen" (Entwicklungsschwerpunkt Wohnen) aus. Das ist mithin auch der Grund dafür, dass der Gemeinderat davon ausgeht, dass sich der Kanton an den Kosten für Archäologie beteiligen wird. Der Kanton kann nicht ein Gebiet zum Entwicklungsschwerpunkt Wohnen (ESP Wohnen) deklarieren und sich dann bei der Archäologie, die gemäss geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine kantonale Verpflichtung ist, aus der Verantwortung stehlen. Ein grosser Teil des zu überbauenden Gebietes gehört der Stadt Biel, liegt aber auf Nidauer Boden. Trotzdem macht Biel mit. Der Gemeinderat ist überzeugt davon, dass es längerfristig der ganzen Agglomeration nützt, dass dort attraktiver Wohnraum geschaffen und ein Projekt mit Leuchtturmcharakter realisiert wird. Viele der heutigen Probleme betreffen Nidau genauso wie Biel und machen somit nicht an den Gemeindegrenzen halt. Die Probleme finden sich auch dem ganzen Jurafuss entlang und sind beispielsweise auch in Yverdon oder Grenchen anzutreffen, zum Teil sogar in der ganzen Schweiz. Deshalb wäre es nicht sinnvoll, nun einfach das Land zu verkaufen und die Stadt Nidau machen zu lassen, was sie möchte. Dieses Projekt muss gemeinsam angegangen werden. Übrigens wollte Biel das fragliche Land vor der Expo.02 an Nidau verkaufen. Dies kam für Nidau damals aber nicht in Frage. An dieser Situation hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert.

Ich bin überzeugt, dass mit der Mobimo Management AG der richtige Partner für diese Quartierentwicklung gefunden wurde. Die Mobimo Management AG baut nicht selber. Sie ist Entwicklerin und Investorin. Mit Blick auf die Kostenfrage hat dies auch ein anderes Verhalten zur Folge. Die Mobimo Management AG hat bereits etliche attraktive Quartiere geschaffen wie beispielsweise das schon erwähnte Quartier Flon in Lausanne. Dank des Einbezugs der Bevölkerung und interessierter Kreise werden die Bedürfnisse aller miteinfließen und damit auch die Anliegen der InitiantInnen von PubliLac. Es ist klar, dass eine Initiative mit 3'600 Unterschriften nicht ignoriert werden kann. Das heisst nun aber nicht, dass die Initiative buchstabengetreu umgesetzt werden muss, die Idee eines öffentlich zugänglichen Seeufers soll aber einfließen. Es soll ein attraktives öffentliches Seeufer werden. Wie Herr Moser andeutete, gibt es dazu verschiedene Vorstellungen, die unter anderem den Strandboden, den Platz am See, den Hafen mit der Buswendeschleife oder das Strandbad betreffen. Was es aber nirgends hat, ist ein attraktiver Vorraum mit nahen Gebäuden, in welchen auch Restaurants oder Gewerbebetriebe angesiedelt sind und welche dazu führen könnten, dass sich die Bevölkerung auch bei schlechterem Wetter am See aufhält. Diese Art Seeanstoss gibt es derzeit nicht. Deshalb macht es vielleicht Sinn, dass am See nicht ein 100m breiter Wiesenstreifen entsteht. Nicht bebaute Aussenräume sind sehr wichtig. Dabei kann es sich aber auch um Wasserflächen handeln. In diesem Gesamtzusammenhang muss eine Antwort auf die Forderungen der Initiative PubliLac gefunden werden. Die Städte Biel und Nidau, aber auch die Mobimo Management AG sind sich bewusst, dass das Projekt vor dem Volk scheitern wird, wenn diese Antworten ausbleiben.

Herr Rüfenacht sagte zu Recht, dass die bisherigen Visualisierungen bezüglich AGGLOlac vergessen werden sollten. Ich würde nicht sagen, bei ihnen handle es sich um eine Mogelpackung und es werde gar keine Kanäle geben, wie Herr Wiher es andeutete. Die Kanäle werden jedoch nicht genau so realisiert werden, wie sie auf den Skizzen angedacht waren. Diese Skizzen waren Ende 2008 wichtig, um der breiten Öffentlichkeit überhaupt verständlich zu machen, dass auf diesem Gelände etwas Besseres realisiert werden kann als das, was erst vorgesehen war. Sie waren eine Art Türöffner, um die Vision AGGLOlac ins Spiel zu bringen. Möglicherweise hat sich der Zeichner das künftige Quartier auch tatsächlich so vorgestellt. Das Projekt befindet sich aber in einem Entwicklungsprozess. Heute liegen andere Erkenntnisse betreffend Archäologie, Altlasten und Bodenbeschaffenheit vor.

Zur Frage Baurecht versus Landverkauf: Ich möchte nochmals daran erinnern, dass die Stadt die Parzellen, die nichts mit dem Strandbad zu tun haben, 1999 im Hinblick auf die Expo.02 gekauft hat, um der Expo.02 Land aus einer Hand anbieten zu können. Nidau konnte sich diesen Kauf damals nicht leisten. Die Idee war nicht, das Terrain zu entwickeln. Diese Idee kam erst später. Fairerweise muss aber gesagt werden, dass der Wert dieser Grundstücke erst erkannt wurde, nachdem die darauf befindlichen Bruchbuden abgerissen, der Autoschrottplatz verschwunden und der Hügel mit dem sogenannten Wald abgetragen waren. Dieser Wald war übrigens eine Fehlentwicklung. Auf dessen Terrain sollten ursprünglich Bassins gebaut werden. Diese wurden aber in einer Volksabstimmung abgelehnt, was, wie ich finde, nicht das dümmste war. Im Strandbad Nidau stehen nämlich genügend Bassins zur Verfügung. Danach lag der fragliche Perimeter aber einfach brach. Die Erdhügel blieben. Da dort nie jemand mähte, wuchsen mit der Zeit Bäume, die plötzlich als Wald galten, der heute der Wiederaufforstungspflicht untersteht. Darauf kann nur verzichtet werden, wenn darauf etwas mit einem deutlichen Mehrwert realisiert werden kann. Der Bund sagte klar, eine Gesamtüberbauung sei ein solcher Mehrwert. Sollte dort einfach eine Freifläche vorgesehen werden, müsste der Wald wieder aufgeforstet werden, das müssen sich alle bewusst sein.

Herr Grupp, es ist klar, dass zu Fragen der Archäologie, ISOS, Altlasten, Bodenbeschaffung und so weiter noch Antworten gefunden werden müssen, damit das Projekt weiterentwickelt werden kann. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass im Werte- und Risikoausgleich vorgesehen ist, dass das Projekt optimiert werden muss, sollten sich daran plötzlich weniger Partner finanziell beteiligen (also beispielsweise der Kanton wider Erwarten nichts zu den Archäologiekosten beitragen) oder wenn mehr Altlasten oder mehr archäologische Fundstellen zum Vorschein kommen. Damit bleibt der Kostenrahmen gleich. Dies könnte eine Redimensionierung des Projekts bedeuten, eine Umlagerung der Baufelder oder anderes. Es besteht also Spielraum innerhalb des Kostenrahmens. Nun habe ich noch vergessen zu erwähnen, warum das Land nicht im Baurecht abgegeben werden soll. Die Stadt Nidau will ihr Land verkaufen. Es macht somit keinen Sinn, eine Lösung mit Eigentum und Baurecht zu suchen, die von irgendwelchen willkürlichen Grenzen abhängt. Die Gebäude werden irgendwo stehen und nicht innerhalb der heutigen Parzellengrenzen. Zudem liegen die fraglichen Grundstücke, wie gesagt, nicht nur auf Bieler Boden. In solchen Fällen hat sich die Stadt Biel immer mehr Spielraum zugestanden als bei Verkäufen innerhalb ihres Gemeindegebiets. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Gesamtprojekts findet der Gemeinderat einen Verkauf gerechtfertigt. Herr Grupp kritisierte, der Bericht

sei viel zu technisch. Trotzdem fehlten ihm Hinweise zum Hochwasserschutz. Das wäre noch einmal genau ein solches technisches Thema. Anlässlich der Informationsveranstaltung wurden entsprechende Fragen gestellt. Selbstverständlich gibt es Normen und Vorgaben bezüglich eines 50-jährigen, 100-jährigen oder 1000-jährigen Hochwassers, die zu berücksichtigen sind. Über den Hochwasserschutz muss sich der Stadtrat aber keine Sorgen machen. Das archäologische Schaufenster war auch ein Wunsch von Alt-Gemeinderätin Teres Liechti Gertsch und wird geprüft. Ich möchte aber betonen, dass bei der vorgesehenen Gesamtnutzung des Gebietes allenfalls höchstens eine Art Schaufenster möglich sein wird, nicht aber eine grossflächige archäologische Ausstellung. Abgesehen davon bestehen beispielsweise in Sutz bereits entsprechende Angebote. Ich denke, im besiedelten Raum sind solche weniger passend.

Herr Moser verwies auf die Gefühle, die im Zusammenhang mit dem Turnfest aufkamen. Klar waren das schöne zehn Tage mit den vielen Leuten und toller Stimmung. Wenn es nicht gerade stürmte, war auch das Wetter schön. Der Stadtrat muss sich aber bewusst sein: soviel Leben ist im Perimeter AGGLOlac und in dieser Form nur dann möglich, wenn zehntausende aus der ganzen Schweiz nach Biel kommen. Wie Herr Moser richtig sagte, passiert das vielleicht alle zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre. Nur mit der Bevölkerung aus Biel und Umgebung ist das nicht möglich, dafür ist der Perimeter schlichtweg zu gross. Schlussendlich ist der Perimeter auch zu wertvoll, um ihn nur für solche Anlässe zu nutzen. Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass es nach der Expo.02 zwei oder drei Gewerbetreibende gab, die dachten, sie könnten das Expo.02-Feeling in die Zukunft retten. Alle wurden - und zum Teil schmerzhaft - eines Besseren belehrt. In der heutigen Konstellation hat es in diesem Gebiet einfach zu wenig Kundschaft und zu geringe Nachfrage. Das kann sich aber ändern, sobald eine komplett neue Nutzung möglich wird.

Herr Haueter, ich bedaure, dass die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nicht einstimmig hinter diesem Geschäft steht, nachdem sie soviel Gutes gefunden hat. Der Gemeinderat arbeitet an Verbesserungen. Wenn der Stadtrat das vorliegende Geschäft heute annimmt, sagt er Ja zu einer Entwicklung des fraglichen Perimeters. Er sagt aber nicht Ja zur detaillierten Gestaltung, denn diese wird erst ausgearbeitet. Vor allem geht der Stadtrat kein zusätzliches finanzielles Risiko ein. Ich versuche, Ihre Berechnungen noch etwas zu korrigieren, denn ich glaube, dass nicht alles ganz korrekt war. Die Mobimo Management AG zahlt CHF 4 Mio., sobald der Bieler Stadtrat dem Geschäft zustimmt. Er ist nämlich das letzte Organ, das noch darüber befinden muss. Der Nidauer Stadtrat sowie der Verwaltungsrat der Mobimo Management AG haben ihm bereits zugestimmt. Von diesem Geld erhalten die Städte Biel und Nidau je CHF 750'000.-. Damit sind alle bisherigen Leistungen abgegolten. Biel hat bisher rund CHF 450'000.- bezahlt, CHF 300'000.- sind Eigenleistungen der städtischen Mitarbeitenden im Rahmen ihrer normalen Arbeitszeit. Die Bieler Leistungen werden also korrekt abgegolten. Der restliche Wettbewerb muss mit den verbleibenden CHF 2,5 Mio. durchgeführt werden zuzüglich einer theoretischen Nachschusspflicht, welche aber auf je CHF 750'000.- begrenzt ist. Eine darüber hinausgehende Nachschusspflicht besteht für die Städte nicht, und zwar auch dann nicht, wenn das Geschäft später in der Volksabstimmung oder im Stadtrat abgelehnt wird. Das finanzielle Risiko ist in der momentanen Phase klar beschränkt und die Ausgaben sind eigentlich bereits getätigt. Die CHF 200'000.- aus dem ESP-Preis Wohnen können nicht einfach in den Sack gesteckt werden.

Diese sprach der Kanton nämlich für die Entwicklung eines sozial durchmischten Quartiers. Dafür soll das Geld auch eingesetzt werden.

Es freut mich, dass Herr Haueter sich auch auf die Beach-Volleyball-EM freut. Was diese anbelangt, bin ich sehr zuversichtlich. AGGLOlac stellt diesbezüglich kein Problem dar. Bis dahin wird dort noch nichts gebaut werden. Zudem ist eine Beach-Volleyball-EM auch nicht ein so grosser Anlass wie das eidgenössische Turnfest. Sie hätte trotz AGGLOlac am See noch Platz, das Turnfest hingegen wohl nicht mehr. Herr Bohnenblust, die Tennisclubs sagten nicht von Anfang an Nein, was die Verhandelnden freute und im Bericht positiv erwähnt wird. Klar ist aber, dass den Tennisclubs selbstverständlich eine Ersatzlösung zur Verfügung gestellt werden und der Auskauf zu einem fairen Preis erfolgen muss. Das Prinzip ist dasselbe wie beim Tennisclub Biel. Der Betrag wird anhand des konkreten Objektes festgelegt. Die Methodik ist aber durch das Präjudiz Tennisclub Biel gegeben. Herrn Wiher's Berechnung der Kanalpreise basiert auf einer mir nicht bekannten Berechnungsgrundlage. Je nachdem, wie die Kanäle gebaut werden, kosten sie nicht genau CHF 7'600.- pro m². Die Kosten sind variabel. Vorher erwähnte ich bereits die Archäologiekosten und die Beteiligung des Kantons. Herr Wiher fand es etwas seltsam, das Projekt jetzt weiter voran zu treiben und erst dann zu versuchen, vom Kanton eine Kostenbeteiligung zu erhalten. Dazu sagt der Kanton, der ja auch in einer schwierigen finanziellen Lage ist, es sei momentan schwierig, Geld auf Vorrat zu sprechen. Sobald aber ein konkretes Projekt vorliegt, dem die Städte Biel und Nidau zugestimmt haben, kann sich der Kanton seiner Pflicht für den Entwicklungsschwerpunkt nicht entziehen. Hinsichtlich der Altlasten konnten auf dem heute zur Diskussion stehenden Perimeter aus technischen Gründen viel genauere Abklärungen gemacht werden als seinerzeit bei der Esplanade. Zudem stand dort auch kein Gaswerk, was punkto Altlasten vielleicht der schlimmste Fall ist. Auch bei den Altlasten gilt, was ich betreffend Archäologie bereits gesagt habe: wenn die Kosten zu hoch werden, muss das Projekt entsprechend optimiert werden.

Nun noch kurz zu PubliLac: die rechtlichen Grundsätze hat Herr Bohnenblust bereits erklärt. Die Darstellung von Herrn Wiher, wonach der Gutachter der Städte Biel und Nidau parteiisch gewesen sein könnte und die Städte nicht eingegriffen hätten, ist so nicht richtig. Erstens wurde ein Gutachter überhaupt nur beigezogen, weil die Stadt Nidau das immer macht. Im Gegensatz zur Stadt Biel hat sie innerhalb ihrer Verwaltung keine juristischen Kapazitäten. Die Stadt Biel prüft Initiativen meist selbst und holt nur in Zweifelsfällen ein juristisches Gutachten ein. Deshalb wurde von Anfang an gesagt, dass - wenn schon - beide Gemeinden ein Gutachten einholen sollen. Es gab zudem bereits von Anfang an Personen, die den Gemeinderat darauf hinwiesen, dass die Initiative nicht gültig sei. Biel wählte als Gutachter Dr. Ueli Friedrich, der nun wirklich eine grosse Kapazität im bernischen Gemeinderecht ist. Er war auch in die Erarbeitung des Gemeindegesetzes involviert und schrieb zusammen mit dem früheren Stadtschreiber Dr. Stefan Müller und anderen den Kommentar dazu. Wenn er etwas analysiert, hat das sicher Hand und Fuss. Das Gutachten wurde dem Initiativkomitee zur Gegenbeurteilung übergeben. Leider war nur nie erkennbar, wer dieses Gegengutachten erstellt hat. Somit konnte auch kein Austausch stattfinden. Es war sowohl für Dr. Ueli Friedrich als auch für die Stadtschreiberin, die auf Bieler Seite die juristische Verantwortung trägt sowie einen weiteren externen Juristen, der den ganzen AGGLOlac-Prozess begleitet, klar, dass die Argumentation des Initiativkomitees nicht derart stichhaltig war, dass sich ein Obergutachten

rechtfertigen liesse. Die Sachlage war so eindeutig, dass diese Kosten vermieden werden konnten. Wie Herr Bohnenblust bereits erwähnte, geht die Verfügung auf alle Argumente des Initiativkomitees ein. Nun will das Initiativkomitee den Rechtsweg beschreiten. Das finde ich richtig, denn dadurch wird eine unabhängige Instanz beurteilen, ob dieser Entscheid richtig war. Es gehört zu einem rechtlichen Verfahren, dass das überprüft werden kann und garantiert Rechtssicherheit. Nun noch zu den Präzedenzfällen: Es stimmt, dass die ESB-Initiative im Licht der heutigen Erkenntnisse betrachtet wohl auch nicht gültig gewesen wäre. Es macht jedoch keinen Sinn, dies nun nachträglich noch überprüfen zu wollen. Aber der Umstand, dass etwas mangels Wissens einer früheren Initiative nicht abgeklärt wurde, dann aber bei einer nächsten schon, ist zulässig. Es gibt keine Gleichbehandlung im Unrecht, wenn ich das nun richtig zitiert habe. Im Nachhinein kann festgestellt werden, dass wohl auch andere Initiativen gemäss heutigem Wissensstand nicht hätten für gültig erklärt werden dürfen. Ich verstehe, dass es für ein Initiativkomitee relativ ärgerlich ist, tagelang Unterschriften zu sammeln und am Schluss die ganze Arbeit aus formellen Gründen nutzlos gewesen sein soll. Materiell und faktisch war sie aber nicht nutzlos. Wie ich bereits gesagt habe, wird AGGLOlac nicht vorankommen, wenn die Anliegen von PubliLac nicht berücksichtigt werden. So gesehen dürfte das Initiativkomitee sein Ziel erreicht haben und Herr Wiher könnte sich heute zumindest der Stimme enthalten, ich würde aber auch verstehen, wenn er dagegen stimmt. Natürlich freut es mich aber, wenn eine deutliche Ratsmehrheit für dieses Geschäft stimmt.

Ogi Pierre, président du Conseil de ville: Nous allons voter les points 1 et 3 du projet d'arrêté et prendre connaissance du point 2.

Vote

Vu le rapport du Conseil municipal de Bienne du 8 mai 2013 concernant «AGGLOlac, clarifications supplémentaires», et s'appuyant sur l'article 39, alinéa 1, lettre g, du Règlement de la Ville du 9 juin 1996, le Conseil de ville de Bienne (RDCo 101.1) **arrête:**

1. La convention de planification entre la Ville de Bienne, la Ville de Nidau et Mobimo S.A., représentée par Mobimo Management S.A., relative à la mise en œuvre de la Vision AGGLOlac dans la phase «Planification», est approuvée.
2. Le Conseil de ville prend acte des principes et des objectifs concernant la compensation des valeurs et risques et les modalités de mise à disposition des terrains à bâtir que les Conseillers municipaux des villes de Nidau et de Bienne ainsi que Mobimo S.A., représentée par Mobimo Management S.A., ont convenu. Il prend également acte du fait que ces principes devront être intégrés dans l'élaboration des décisions devant être prises par les Conseils de ville et les électeurs de Bienne et de Nidau le moment venu.
3. Le Conseil de ville donne mandat au Conseil municipal de lancer les étapes suivantes si les résultats du processus d'assurance-qualité et de la procédure d'édiction des plans confirment la rentabilité du concept urbanistique:

- soumission de la proposition en vue de la conclusion du contrat relatif aux infrastructures;
- soumission de la proposition en vue de la vente des immeubles appartenant à la Ville de Bienne s'ils sont nécessaires à la réalisation du concept;
- soumission de la proposition en vue d'obtenir les crédits pour la phase «Étude / Réalisation».

Interruption de la séance: 19h55 - 21h00

114. 20130020 Points forts de la politique du Conseil municipal 2013-2016

Sutter Andreas, GPK: Dem Gemeinderat ist es gelungen, die Anzahl der gemeinderätlichen politischen Schwerpunkte auf eine realistische Anzahl zu reduzieren. Die GPK begrüsst diese Konzentration auf das Wesentliche und Machbare. Der Stadtrat hat nicht nur ein Interesse daran, die Leitlinien des Gemeinderats zu kennen, sondern wird die Umsetzung dieser Ziele massgeblich mitbestimmen. Deshalb hat sich die GPK erlaubt, den Katalog der Ziele und Massnahmen kritisch zu würdigen und wird sie kommentieren. Im Besonderen möchte sie drei Punkte erwähnen:

1. Die Umwelt wird ausschliesslich im Zusammenhang mit Energie erwähnt. Umwelt besteht aber nicht nur aus Energieverbrauch oder -herstellung, sondern vor allem auch aus der Natur selber, dem Wald, der Biodiversität und so weiter. All diese Stichworte werden im vorliegenden Bericht nicht erwähnt.
2. Auch die aktuellen finanzpolitischen Abhängigkeiten und Rahmenbedingungen werden nicht erwähnt. Ein Beispiel wurde bereits in der Diskussion zur Rechnung 2012 erwähnt, nämlich der Finanz- und Lastenausgleich (FILAG). Diesen erachtet die GPK als kompliziert und kaum berechenbar. Wichtig scheint der GPK auch, dass auf der Einnahmeseite zumindest erwähnt wird, wie stark die Stadt von den Steuereinnahmen der juristischen Personen abhängt und welche Massnahmen in diesem Bereich angedacht sind.
3. Noch vor zehn Jahren war die Wirtschaftsförderung im Sinne einer Standortförderung ein allgegenwärtiges Instrument, welchem auch die ganze Strategie (Stichwort: Wohnen, arbeiten und konsumieren in Biel) des damaligen Stadtpräsidenten und Gemeinderats untergeordnet wurde. Biel als Uhrenproduktionsstandort hat aber auch ein gewisses Klumpenrisiko zu tragen. Die Erwähnung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen hat letztlich nicht nur das Ziel, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu erhalten, sondern auch die Erhaltung der bestehenden Infrastruktur und Rahmenbedingungen für die bereits in Biel ansässige Industrie. Das war bereits bei früheren Strategien stets ein Manko. Zwar wurden Anstrengungen unternommen, neue Unternehmungen anzuziehen, gleichzeitig wurden aber die Rahmenbedingungen für die in Biel schon tätigen Unternehmen nicht immer entsprechend gelockert. Ein florierender Arbeitsplatzmarkt und hohe Detailhandelsumsätze sind auch für eine Zentrumsstadt wie Biel matchentscheidend, besonders wenn daran gedacht wird, wer die hohen Sozialhilfekosten der Stadt zu finanzieren hat.

Die GPK ist insbesondere gespannt auf die nächste Phase dieses Berichts in etwa drei Jahren, nämlich wenn der Gemeinderat berichten wird, wie die gestellten Ziele

erreicht wurden. Eine klarere Nachvollziehbarkeit des Leistungskatalogs wird dannzumal auch eine präzisere Beurteilung des Erfüllungsgrades erlauben.

Donzé Pablo, Groupe les Verts: Le Conseil municipal s'est lancé dans une démarche constructive en vue de déterminer les points forts de la politique du Conseil municipal 2013-2016. Le Groupe des Verts a constaté un nouveau résultat, qui n'est plus un fourre-tout de toutes les directions. Certains membres du Conseil de ville se plaignent de la perte de détails alors que d'autres s'en réjouissent. Ce soir, le Conseil de ville doit seulement prendre connaissance de ces points forts. L'octroi en droit de superficie ou le soutien accru aux coopératives font partie des objectifs de ce document. Le Groupe des Verts s'en réjouit, malgré que cela ne soit pas toujours visible dans les dossiers. Si l'environnement est limité à l'énergie, comme l'a rappelé Monsieur Sutter pour la Commission de gestion, ce qui nous a le plus frappé est le tournant du Conseil municipal au niveau humain. Alors que par le passé, il évoquait le multiculturalisme à Bienne comme une richesse et la différence comme une chance, on sent aujourd'hui bien plus une volonté d'assimilation, qui peut faire froid dans le dos. Le Conseil municipal parle d'une politique d'intégration ferme, de règles et de valeurs fondamentales de notre société. J'aimerais bien savoir plus précisément ce dont il s'agit, étant donné que l'objectif 21 (La Ville de Bienne mène une politique d'intégration, qui exige le respect des règles et des valeurs fondamentales de notre société) mentionne uniquement l'apprentissage d'une langue et l'encouragement précoce. Quelles sont ces règles et valeurs que le Conseil municipal défend? Je précise que ma question est destinée au Conseil municipal. Dans l'ensemble, la volonté de lancer un grand projet après l'autre privilège la qualité avant la quantité, ce que le Groupe des Verts soutient. Mais, valoriser et entretenir ce qui est à disposition prévoit aussi un effort dans le budget. Pour finir, le Groupe des Verts souligne la volonté de mettre les habitantes et les habitants au centre des processus. La participation, l'ouverture et la transparence sont une des clés de la réussite.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU möchte dem Gemeinderat danken für die Auslegeordnung sowie die Darstellung der Handlungsfelder und der neuen, detaillierten Zielen. Hinter diesem Papier steckt viel Arbeit. Im Vergleich zu den Schwerpunkten 2009 - 2012 fallen der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU zwei Punkte auf:

1. Die aufgelisteten Aufgaben blieben gleich. Das erstaunt nicht und ist für eine Stadt an und für sich normal.
2. Anstelle von 13 Schwerpunkten wurden neu 22 Handlungsfelder definiert und die vormals 87 Zielpositionen wurden auf 60 detaillierte Ziele reduziert. Diese Reduktion findet die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU sinnvoll.

Da der Stadtrat von diesem Papier nur Kenntnis nehmen kann, hat sich die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU nicht vertieft mit den einzelnen Punkten auseinandergesetzt. Es scheint aber, dass die darin erwähnten Handlungsfelder richtig und wichtig sind. Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU stellt aber auch fest, dass es um ganz unterschiedliche Ziele geht. Einige können einfach, andere gar nicht überprüft werden. Das liegt aber in der Natur der Sache und ist nicht als Kritik zu verstehen. Gerade das letzte Ziel, *"Die Stadtverwaltung arbeitet auf moderne, kompetente und effiziente Weise und ist bürgernah"* ist zwar loblich, aber auch sehr allgemein formuliert. Was heisst schon auf *"effiziente Weise"*? Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU wird dies in der kommenden Legislatur nicht nur im Hinblick auf die Fachstelle Arbeitsintegration (FAI), sondern hinsichtlich der ganzen Verwaltung kontrollieren. Leider wird aus dem Bericht nicht

ersichtlich, wann er vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Dies würde die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU jedoch noch interessieren.

Ausburger-Brom Dana, Fraktion SP: Der Stadtrat hat dieses Papier zur Kenntnis zu nehmen, was ihn aber meines Erachtens nicht daran hindern sollte, es auch zu würdigen. Hinter dem Geschäftsbericht steckt viel Arbeit. Es wurden Analysen veranlasst und versucht, das Machbare zu eruieren. All dies unter Beachtung dessen, dass die Entwicklung der Stadt gewährleistet bleibt. Die Stadt will sich auf ihr Image und eine bessere Kommunikation konzentrieren, wobei ihr auch die Nachhaltigkeit wichtig ist. Die Fraktion SP ist mit verschiedenen aufgeführten Punkten einverstanden, die ich hier aber nicht aufzählen möchte. Im Gesamten möchte ich dazu erwähnen, dass der Gemeinderat beabsichtigt, sorgfältig mit dem Bestehenden umzugehen und Geplantes gemäss vorgesehennem Fahrplan fertig zu stellen. Gleichzeitig will man sich aber auch nicht zuviel aufladen. Die Nachhaltigkeit spielt also eine grosse Rolle. Was mich weniger freut, ist das Ziel 15.2 auf Seite 23. Darin ist die Rede von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und von professioneller, sozialer Integration. Erwähnt werden aber nur Beschäftigungsangebote. Dies erachte ich als ungenügend und wünschte mir eine echte Integration in die reale Arbeitswelt, also nicht nur Beschäftigungsangebote. Vielleicht ist dies zwar so gemeint und ich hoffe, der Gemeinderat äussert sich noch dazu.

Cadetg Leonhard, FDP: Ich möchte mich zu Handlungsfeld 5, Ziel 5.2 auf Seite 19 der gemeinderätlichen politischen Schwerpunkte äussern. Darin geht es um die Förderung der Wohnbautätigkeit. Wenn Biel die Energiewende schaffen will, muss die Stadt ihr riesiges Potenzial nutzen: 80% der Bieler Wohnungen wurden vor 1970 erstellt und sind zum Teil in einem sehr schlechten Zustand. Diese Wohnungen müssen rasch saniert werden, um den Energieverbrauch senken zu können. Ich nehme an, dass die meisten Stadtratsmitglieder möglichst rasch aus der Atomkraft aussteigen und die Energiewende schaffen möchten. Das ist eine Aufgabe unserer Zeit. Deshalb muss der Druck, diese Wohnungen zu sanieren, erhöht werden. In den letzten Jahren wurden in Biel sehr viele neue Wohnungen erstellt. Diesbezüglich sollte nun ein Marschhalt eingelegt werden. Meines Erachtens sollten in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht mehr so viele neue Wohnungen gebaut, sondern vermehrt Altbauwohnungen saniert werden. Damit käme die Stadt energietechnisch einen grossen Schritt weiter. Deshalb finde ich das erwähnte Ziel sollte sich nicht primär auf die Förderung der Wohnbautätigkeit beziehen. Ziel sollte es vielmehr sein, den vorhandenen Wohnraum so rasch und so gut wie möglich zu sanieren. Dazu kann die Stadt ihren Beitrag leisten.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank für die gute Aufnahme dieser Legislaturziele. Zu Recht wurde festgestellt, dass viel Arbeit dahinter steckt. Gerade in der neuen Zusammensetzung des Gemeinderats ist es sicher sinnvoll, wenn er sich überlegt, wo seine Schwerpunkte liegen sollen und welche Akzente er setzen will und auch muss. Der Gemeinderat findet es einfacher, mit weniger Zielen zu arbeiten. Selbstverständlich heisst Umwelt für den Gemeinderat nicht nur Energie. Wenn Prioritäten gesetzt werden sollen, reicht es aber nicht mehr für die Biodiversität und weitere genannte Stichworte. Es ist klar, dass der Gemeinderat bei passender Gelegenheit auch in anderen Bereichen etwas tun muss, auch wenn sie nicht direkt in seine Schwerpunkte eingeflossen sind. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind dem Gemeinderat selbstverständlich mehr als nur bewusst. Die

Legislatorschwerpunkte sind aber nicht eine Beschreibung der bestehenden Probleme und Herausforderungen, sondern eine Auflistung von zu erreichenden Zielen. Der Gemeinderat hatte in seiner neuen Zusammensetzung noch nicht genügend Zeit, um über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) zu sprechen und entsprechende Ziele in seine Schwerpunkte aufzunehmen. Bei der Wirtschaftsförderung geht es tatsächlich um die Pflege der bestehenden und die Ansiedlung von neuen Unternehmungen, insbesondere von solchen, welche an innovativen Technologien arbeiten sowie anderen nachhaltigen Wirtschaftszweigen.

Herr Bohnenblust kann ich antworten, dass die Schlussbereinigung des Gemeinderats am 15. Mai 2013 erfolgte. Daran gearbeitet hat der Gemeinderat aber bereits ab Januar. Die Erarbeitung erfolgte in mehreren Schritten. Es fanden Workshops und Klausuren statt. Selbstverständlich ist es dem Gemeinderat nur recht, wenn die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU die effiziente Arbeitsweise der Verwaltung kontrollieren will. Herr Donzé sagte, bei den Aussagen zur Sozialpolitik und angesichts der fehlenden Würdigung der Multikulturalität in dieser Stadt laufe es ihm kalt den Rücken hinunter. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass Biel immer eine sehr offene und tolerante Stadt war und er findet nicht, dass dies grundsätzlich geändert werden soll. Diese Offenheit und Toleranz kann aber nur beibehalten werden, wenn gewisse Grundregeln eingehalten werden. In den letzten Jahren gab es zum Teil unliebsame Entwicklungen. Herr Donzé kritisiert, dass der Gemeinderat die Einhaltung von Grundwerten einfordert. Ich bin aber überzeugt davon, dass alle, die hier leben wollen, gewisse Grundwerte zu akzeptieren haben. Dazu zählen für mich zum Beispiel die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Religion und Staat oder gemischte Schulen. Der Gemeinderat ist der Meinung, von diesen Grundwerten dürften keine Ausnahmen gemacht werden, soviel Integration muss sein! Die Entstehung von Parallelgesellschaften (und das passierte, wenn alle so handeln können, wie sie wollten) trägt leider insbesondere bei den Frauen zur Desintegration bei. Es führt dazu, dass Mädchen zu Hause behalten werden, keine anständige Ausbildung absolvieren und so später nicht auf eigenen Beinen stehen können. Es gibt aber auch Jungen, die unter solchen Verhältnissen zu leiden hatten. In der Multikulturalität gibt es ganz viele spannende Aspekte. Ich denke beispielsweise an den Parcours Culturel, den wohl alle kennen. Einige lieben ihn mehr, andere weniger. Dabei werden SchweizerInnen und Personen mit Migrationshintergrund zusammengeführt, um voneinander zu profitieren. Im Alltag, also beispielsweise in der Schule oder am Arbeitsplatz, gelten gewisse Grundwerte. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass es ohne diese nicht geht. Dieser Integrationsschritt ist beispielsweise Voraussetzung für eine Berufsausbildung und damit für die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Aus Sicht des Gemeinderats ist dies weder sozial inkorrekt noch ein Grund dafür, dass es jemandem kalt den Rücken hinunter laufen muss.

Hinsichtlich der Beschäftigungsprogramme ist vielleicht die Formulierung nicht sehr präzise. Die Idee ist aber natürlich, dass die berufliche Integration mit geeigneten Massnahmen gefördert wird. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass dies schon bei der Frühförderung beginnt. Haben die Kinder bereits beim Schuleintritt ein Sprachniveau, dank welchem sie dem Unterricht problemlos folgen können, sind ihre Chancen auf einen erfolgreichen Schulabschluss und eine spätere Lehre oder gymnasiale Ausbildung grösser. Bei Personen, die im Vorschulalter noch gar nicht in der Schweiz waren, ist die Chance für eine geglückte Intergration bei Jugendlichen am Besten.

Jugendliche lernen schneller als Erwachsene und können gefördert werden, damit sie die Schule nachholen und eine Ausbildung machen können. Bei Personen, die erst mit 50 Jahren in die Schweiz kommen, ist eine solche Integration nicht mehr in gleichem Masse möglich. Diesfalls wären andere Massnahmen notwendig. Trotzdem sollen alle Bevölkerungsgruppen wirtschaftlich und sozial so weit als möglich integriert werden. Bei 50-jährigen kann aber nicht mehr gleich viel bewirkt werden wie bei 12-jährigen! Das müssen sich alle bewusst sein. Diese Idee steckt hinter diesem Ziel. Wie gesagt, wird ein spezieller Akzent bei den ganz Jungen gesetzt. Ich denke, das müsste im Sinn des Stadtrates sein. Der Gemeinderat freut sich darauf, während der nächsten vier Jahre alljährlich Bilanz ziehen zu können, um zu überprüfen, wie er mit diesen Legislatorschwerpunkten vorwärts kommt.

Vote

Vu le rapport du Conseil municipal du 15 mai 2013 concernant Points forts de la politique du Conseil municipal 2013-2013, s'appuyant sur l'art. 31 du Règlement du Conseil de ville du 11 décembre 1996 (RDCo 151.21), le Conseil de ville de Bienne **arrête:**

Le Conseil de ville prend connaissance des points forts de la politique du Conseil municipal pour la législature 2013-2016.

115. Demandes de contributions 2013/1

Baltzer Niklaus, Stadtratsbüro: Zu diesem Bericht möchte ich eine kurze Einführung geben, denn dieses Jahr gibt es etliche neue Stadtratsmitglieder, die zum ersten Mal hören, dass das Stadtratsbüro Spendenbeiträge beantragen kann. Dem Stadtrat stehen pro Jahr CHF 50'000.- Ratskredit zur Verfügung. Für seine eigenen Bedürfnisse braucht er in der Regel ungefähr CHF 20'000.-. Damit werden verschiedene Aktivitäten wie Apéros und anderes bezahlt. Ungefähr CHF 30'000.- bleiben jeweils übrig. Der Stadtrat hat vor langem beschlossen, diesen Betrag Organisationen zu spenden, die beim Stadtratsbüro ein Unterstützungsgesuch einreichen. Das Stadtratsbüro diskutiert jeweils die eingegangenen Gesuche und wählt die geeignetsten aus. In der Regel wird das Geld in zwei Tranchen von rund CHF 15'000.- gesprochen. Dabei werden soziale Institutionen berücksichtigt, es wurden aber auch schon grössere Beiträge für Einzelereignisse wie das Atomunglück in Fukushima gesprochen.

Heute steht die erste Tranche des Jahres 2013 zur Diskussion. Da relativ wenig Gesuche eingegangen sind, möchte das Stadtratsbüro zum jetzigen Zeitpunkt nur CHF 9'000.- vergeben. Generell möchte das Stadtratsbüro nicht allzu viele Gesuche berücksichtigen. Lieber spendet es eine grössere Summe an weniger Institutionen als allen wenig, zumal dies sowieso nur ein Tropfen auf den heissen Stein wäre. Trotzdem sind diese Spenden eher etwas für das stadträtliche Gemüt. Die Welt kann damit nicht verändert werden. Deshalb macht es wohl auch keinen Sinn, über die Spenden riesige Diskussionen zu führen. Beim vorliegenden Bericht achtete das

Stadtratsbüro darauf, dass die unterstützten Institutionen zumindest einen kleinen Bezug zu Biel oder zur Region haben. Herr Hadorn sagte im Stadtratsbüro zu recht, es sei vielleicht nicht mehr so bekannt, dass der Stadtrat spendabel ist und vielleicht deshalb nur so wenige Gesuche eingegangen seien. Es gibt aber auch Institutionen, die jedes Jahr ein Gesuch einreichen. Das macht es für das Stadtratsbüro schwierig, denn das gesprochene Geld soll wirklich eine Spende sein, keine Subvention. Subventionen sind eine Sache der Stadt. Soviel zur Einführung. Den Bericht möchte ich nicht kommentieren. Alle haben ihn gelesen und ich hoffe auf ihre Unterstützung.

Fischer Pascal, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen sieht die Spenden schon immer in einem etwas anderen Licht als der Rest des Stadtrates. Sie hat immer gefordert, dass dem Stadtrat eine Liste der Gesuchstellenden vorgelegt wird. Es freut die Fraktion SVP/Die Eidgenossen, dass ihrem Anliegen, vor allem Bieler Institutionen zu unterstützen, diesmal Rechnung getragen wurde. Dafür möchte ich dem Stadtratsbüro danken. Ich hoffe, dass es diese Praxis beibehalten wird. Etwas stutzig machte mich aber die beantragte Unterstützung des Entlastungsdienstes des Kantons Bern (Punkt 2 im Bericht). Dieser wurde nämlich bereits letztes Jahr berücksichtigt und wie Herr Baltzer gesagt hat, soll es sich bei diesen Zuwendungen ja nicht um wiederkehrende Zahlungen handeln...

Vote

Conformément à la proposition du Bureau du Conseil de ville du 30 avril 2013 et s'appuyant sur l'art. 5, let. b du Règlement du Conseil de ville (RDCo 151.21.), le Conseil de ville de Bienne **arrête**:

1. Un crédit de 9'000 fr. est approuvé à la charge du compte 18000.317.50000.23 (crédit du Conseil de ville).
2. Le Bureau du Conseil de ville est chargé d'exécuter cet arrêté.

116. Rapport de gestion 2012 de l'Administration municipale biennoise

Administration générale

Sutter Andreas, GPK: Die GPK behandelte den Geschäftsbericht Kapitel für Kapitel, hat aber keine Schwerpunkte, die sie speziell kommentieren möchte. Ich möchte aber noch etwas sagen zum Tätigkeitsbericht der GPK, der mit dem vorliegenden Geschäftsbericht des Gemeinderats nichts zu tun hat. Im Namen der GPK möchte ich für die offene und gute Zusammenarbeit mit den einzelnen Direktionen und mit dem Gesamtgemeinderat danken. Ich denke, der Gemeinderat ist gerade auch in seiner neuen Zusammensetzung auf gutem Kurs. Es ist erfrischend, dass ein neuer Wind weht. Das hat aber nichts mit dem Geschäftsbericht zu tun, denn dieser ist ja retrospektiv. Ich bin gespannt auf die Kommentare zum Geschäftsbericht seitens des Stadtrates. Wie der Stadtratspräsident hoffe aber auch ich, dass dafür nicht allzu viel Zeit investiert wird.

Baltzer Niklaus, Fraktion SP: Die Stadtratsunterlagen für diese Sitzung liess ich mir nicht schicken, sondern druckte sie mir selber aus. Um Papier zu sparen, wählte ich für den Geschäftsbericht die Option "Broschüre". Nun ist dieser Bericht aber so dicht geschrieben, dass ich ihn als Broschüre - also im A5-Format - gar nicht mehr lesen konnte... Das ist als indirektes Lob an den Gemeinderat zu verstehen. Es ist ihm gelungen, das politische Leben des letzten Jahres verdichtet darzustellen. Eigentlich erstaunt es mich immer wieder, dass der Geschäftsbericht jeweils nach der Rechnung traktandiert ist. Alles, was in der Rechnung mit Zahlen dargestellt ist, wird im Geschäftsbericht beschrieben. Das heisst, dass über Inhaltliches eigentlich mit dem Geschäftsbericht diskutiert werden könnte. Die Rechnung beinhaltet nur "nebensächliche" Zahlen. Das ist meine Interpretation. Deshalb fände ich es besser, wenn zuerst über den Geschäftsbericht diskutiert würde und erst dann über die Zahlen.

Der Geschäftsbericht ist ein sehr interessantes Instrument, um den politischen Zustand unserer Stadt zu diskutieren. In wenigen Worten wird alles Wichtige zusammengefasst. Für Zusammenhänge und Hintergründe reicht es aber nicht. Das wäre ja auch viel zu viel. Gerade diese Zusammenhänge und Hintergründe sollten aber aus diesem Bericht herausgelesen werden können. Das möchte ich anhand von zwei Beispielen schildern:

1. Im Teil über die Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion steht beispielsweise auf Seite 81, dass die Dossierzahl um 0,6% zugenommen habe, die Kosten aber um 6,6%. Anlässlich der Budgetdiskussion wurde gesagt, diese Aussage stehe zwischen den Zeilen. Im Geschäftsbericht steht sie schwarz auf weiss. Nun muss sich der Stadtrat natürlich fragen, warum dies so ist.
2. Über die Fachstelle Arbeitsintegration (FAI) wurde in letzter Zeit viel gesagt. Darüber steht im Geschäftsbericht, es laufe eine Begleitung durch die Hochschule Luzern - Soziale Arbeit. Nun stellt sich die Frage, ob bereits ein entsprechender Bericht vorliegt und falls ja, was dieser beinhaltet. In der Fraktion SP kursierte das Gerücht, diesen Bericht gebe es noch nicht. Gewissen Personen liegt er aber bereits vor und sie haben ihn auch schon gelesen. Der Stadtpräsident, der solches sonst immer als Erster weiss, kennt den Bericht aber noch nicht. Irgendwie finde ich das seltsam. Sicher wird darüber noch informiert. Erfreulich finde ich aber, dass es bezüglich der FAI zu einer Zusammenarbeit mit Grenchen kam, dank welcher die Arbeitsintegrationsquote verdoppelt werden konnte, zu einem Viertel der bisherigen Kosten. Wenn das Schule macht, bin ich sehr optimistisch. Dann müssten solche Projekte weiter gepflegt und gefördert werden. Gegen eine doppelte Effizienz zu einem Viertel des Preises kann wohl niemand etwas haben.

Solche Fragen können dem vorliegenden Geschäftsbericht entnommen werden, wenn er genauer gelesen wird. Leider kann er aber vom Stadtrat nur zur Kenntnis genommen werden. Natürlich tut das die Fraktion SP. Diesem Bericht können aber alle Informationen entnommen werden, um kritische Fragen zu stellen. In diesem Sinn danke ich dem Gemeinderat. Einen Punkt möchte ich noch anfügen. Der Geschäftsbericht enthält auch eine Bewertung. Der Gemeinderat bewertet sich selber, indem er sagt, welche Ziele er erfüllt hat und welche nicht. Gewisse Ziele sind jedoch Daueraufgaben. Bei diesen finde ich es etwas schwierig, wenn der Gemeinderat sagt, sie seien erfüllt. Eine Daueraufgabe kann sowohl als nie erfüllbar als auch als immer erfüllt angeschaut werden. Vielleicht ist die Bezeichnung nicht ganz glücklich und könnte später noch präzisiert werden. Im Weiteren störte es mich,

dass im Geschäftsbericht Ziele aufgeführt sind, die schon seit einiger Zeit erfüllt sind. Ich finde, Erfülltes gehört an den Schluss einer Liste und nicht irgendwo dazwischen. Nun liegen die neuen Ziele vor. Früher war nicht erkennbar, welche Ziele während dem laufenden Jahr neu dazu kamen. Das wären die kritischeren Anmerkungen der Fraktion SP.

Kaufmann Stefan, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für diesen Bericht, der Rechenschaft über das letzte Jahr ablegt. Herr Baltzer nahm vieles vorweg. Diesem Bericht kann viel Gutes entnommen werden. So wird zum Beispiel ersichtlich, welchen Zielerreichungsgrad die einzelnen Zielpositionen ausweisen. Es kann aber noch sehr viel mehr herausgelesen werden und ich habe manchmal das Gefühl, gewisse stadträtliche Interventionen könnten dank der Lektüre dieses Berichts vermieden werden. Deshalb möchte ich alle, die im nächsten Jahr eine Intervention planen, auffordern, zuerst in diesen Bericht zu schauen, weil er vielleicht eine Antwort bereit hält. Der Bericht liefert aber auch interessante Aussagen zu laufenden Geschäften. So steht darin beispielsweise, dass das Altersheim Redernweg bereits seit mehreren Jahren auf ein Fumoir wartet. Dieses Projekt ist immer noch sistiert, was vielleicht nicht der Fall wäre, wenn das Altersheim selber entscheiden könnte. Herr Baltzer sprach von der Lesbarkeit, weil er sein Dokument verkleinert hat. Ich versuchte dieses Jahr, den Geschäftsbericht elektronisch zu lesen. Leider wurde bei der Gestaltung des Berichts wohl nicht an ältere Herren mit schlechteren Augen gedacht. Jedenfalls ist die hellblaue Schrift in elektronischer Form kaum lesbar. Deshalb möchte ich den Grafiker für nächstes Jahr dazu anregen, eine andere, besser lesbare Farbe zu wählen. Ich möchte aber nochmals danken und auch gratulieren, denn es handelt sich um einen guten Bericht.

Cadetg Leonhard, FDP: Herr Baltzer wies auf einen schönen Punkt hin, nämlich die Zusammenarbeit mit Grenchen im Bereich der Arbeitsintegration und deren höhere Effizienz. Unserer Fraktion wurde erklärt, wie diese erhöhte Effizienz erreicht wird. Deshalb kann ich etwas mehr dazu sagen, als im Bericht erwähnt ist. Uns wurde erklärt, dass 7% der Teilnehmenden nach einem halben Jahr in den Programmen des GAD noch dabei sind. Bei den Grenchnern dauern die Programme jedoch nur acht Wochen wobei die dortige Institution Netzwerk Grenchen heisst (in Biel allerdings Avenir Biel-Bienne - wohl damit man nicht merkt, dass es Grenchner sind...). In Grenchen verbleiben jedenfalls aufgrund der kürzeren Dauer viel mehr Teilnehmende in den Programmen. Dieses Beispiel zeigt auf, dass im Sozialbereich zwar Zahlen vorhanden sind, diese in diesem Bericht aber nicht erwähnt sind oder zu wenig fundiert sind.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich möchte kurz auf die Frage betreffend der publizierten Zahlen eingehen, die Herr Baltzer angesprochen hat. Er erwähnte die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Grenchen als positives Beispiel. Dabei handelt es sich nicht um Grenchen als Gemeinde. Vielmehr handelt es sich um eine in Grenchen ansässige Institution, die in Biel - wie von Herrn Cadetg erwähnt - einen Ableger namens Avenir Biel-Bienne hat. Es stimmt, dass die Kosten für diese Zusammenarbeit tiefer sind als bei anderen kantonalen Programmen. Das vom Kanton zur Verfügung gestellte Kostendach wird nicht ganz ausgereizt, was tatsächlich positiv ist. Demgegenüber steht ein relativ grosser Erfolg. Vor zwei Wochen wurden innerkantonale Vergleichszahlen zur beruflichen Integration

publiziert. Zusammen mit drei anderen Gemeinden ist Biel auf Platz vier, also relativ weit vorne. Die Beschäftigungs- und Integrationsangebote (BIAS) basieren auf einer dreistufigen Systematik. So gibt es Beschäftigungsprogramme, die sehr nahe am Arbeitsmarkt sind und eine hohe Chance bieten, dass die Teilnehmenden wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Ein solches Programm wird in Biel eben von Avenir Biel-Bienne angeboten, weshalb auch die betreffende Erfolgsquote recht hoch ist. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass eigentlich noch mehr Personen in dieses Programm aufgenommen werden könnten, denn es stehen mehr Plätze zur Verfügung als zu vermittelnde Personen. Das zeigt einerseits den Erfolg dieses Programms, denn die zu Vermittelnden können relativ rasch in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Andererseits wird aber auch die Herausforderung ersichtlich, wenn aus rund 6'000 Sozialhilfebeziehenden in Biel nicht genügend geeignete Personen für dieses Programm gefunden werden können. Soviele zu Avenir Biel-Bienne. Der Gemeinderat hat sich gerade noch gefragt, ob die Zahl der neu zu betreuenden Personen auf Seite 81 stimmt. Die Zunahme beträgt 24 Personen oder 0,4%. Meiner Ansicht nach sollte diese Angabe stimmen.

Magnin Claire, au nom du Groupe Les Verts: Ces chiffres ont également interpellé le Groupe des Verts. En 2010, il y a eu une augmentation de 230 dossiers correspondants à 390 personnes (6 mio. fr. de frais supplémentaires). En 2011, il y a eu une augmentation de 276 dossiers correspondants à 451 personnes (également 6 mio.fr. de frais supplémentaires). En 2012, les dossiers supplémentaires ont été au nombre de 23 (6.3 mio. fr. de frais supplémentaires)! Il y a quelque chose qui m'échappe et ces chiffres ne correspondent pas à ceux des années précédentes. Manque-t-il un zéro à la suite du nombre de 23 dossiers? J'aimerais avoir une réponse concernant ces chiffres. Ce n'est pas possible, il doit y avoir une erreur!

Baltzer Niklaus, SP: Ich möchte noch nachfragen, wie es um den Bericht der Hochschule Luzern - Soziale Arbeit steht.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Darauf gebe ich sehr gerne Antwort. Die Frage nach der Kostenzunahme hat der Stadtrat bereits gestern diskutiert. CHF 6,3 Mio. Mehrkosten sind natürlich nicht einfach auf die 23 neu zu betreuenden Personen zurückzuführen. 23 Fälle kosten nicht CHF 6,3 Mio., sondern das Gesamtvolumen hat um CHF 6,3 Mio. zugenommen. Dazu gibt es verschiedene Einflussfaktoren, wie ich gestern zu erklären versuchte. Diese Mehrkosten entstanden nicht nur durch neue Dossiers, aber natürlich auch. Es gibt aber noch ganz andere Faktoren, die eine Rolle spielen, so zum Beispiel die Lebensumstände der Sozialhilfebeziehenden. Es ist keine konstante Gruppe, die sich jedes Jahr gleich zusammensetzt und zu welcher 2012 einfach noch 23 neue Personen dazu kommen. Vielmehr verändert sich diese Gruppe ständig. In einem Jahr sind es mehr Familien, in einem anderen mehr Einzelpersonen. Auch die Anzahl derjenigen, die noch selber etwas dazuverdienen können, ändert sich ständig, wie auch die Höhe der Alimentenzahlungen. Bei den ausgewiesenen Kosten handelt es sich um Nettokosten nach Abzug der Einnahmen, welche die Sozialhilfebeziehenden selber generieren. Wie gestern bereits erwähnt ist es bei diesen vielen verschiedenen Einflussfaktoren sehr schwierig, die Kosten im Voraus zu berechnen. Deshalb kommt es zu erheblichen Abweichungen im Budget. Genauso schwierig ist es, heute zu sagen, wie sich diese Zahlen im Detail zusammensetzen. Selbstverständlich könnte ich diese Frage genau beantworten, dafür müsste ich aber vorgängig die Dossiers konsultieren.

Der erwähnte Bericht der Hochschule Luzern - Soziale Arbeit liegt vor und ich habe ihn bereits gelesen. Er ist aber durch das Leitgremium des Vereins seeland.biel-bienne, der diesen Bericht zusammen mit der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) in Auftrag gab, noch nicht offiziell verabschiedet. Momentan liegt nur ein Entwurf vor, der aber bereits auf verschiedenen Ebenen diskutiert wurde, so zum Beispiel im Verein seeland.biel-bienne, unter den verschiedenen Partnern und natürlich auch im städtischen Sozialdienst. Deshalb liegt er auch einzelnen Beteiligten vor. Offiziell publiziert wird er aber erst im August. Dann wird er für alle zugänglich gemacht werden, sogar für unseren Stadtpräsidenten.

Magnin Claire, Les Verts: Selon votre explication, les frais n'ont donc rien à voir avec le nombre de personnes en plus. Cela me réjouit. J'aimerais également souligner, ce que personne ne dit jamais: le nombre de personnes qui dépendent des oeuvres sociales a diminué drastiquement! En une année, l'augmentation a été uniquement de l'ordre de 10%. J'aimerais donc que cela soit clair et que les personnes, qui bénéficient des services sociaux, ne soient pas toujours montrées du doigt, alors qu'il y a une nette diminution des nouveaux cas. J'aimerais que cela se remarque aussi!

Güntensperger Nathan, GLP: Ich habe noch eine kurze Frage zu den von Herrn Feuer im Zusammenhang mit Avenir Biel-Bienne erwähnten Zahlen. Herr Feuer sagte, das vom Kanton zur Verfügung gestellte Kostendach sei nicht ganz ausgereizt worden. Erstens möchte ich wissen, was mit dem nicht beanspruchten Geld passiert. Zweitens gehe ich davon aus, dass bei Avenir Biel-Bienne BIAS-Fälle vermittelt werden. Es ist mir ein Rätsel, weshalb dieses Programm bei 6'000 Sozialhilfebeziehenden nicht voll ausgeschöpft werden kann.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Es gibt ein Abrechnungssystem, in welchem die Anbietenden von Integrationsprogrammen ihre Kosten abrechnen können. Die Anbietenden schicken ihre Abrechnungen an die Fachstelle für Arbeitsintegration (FAI), die als Brücke zwischen Kanton und Anbietenden fungiert. Sie vergütet die Kosten an die Programmanbietenden und verrechnet die gleichen Kosten dem Kanton weiter. Der Kanton vergütet diese Kosten wieder an die FAI. Solange die Stadt die maximalen Limiten des Kantons nicht überschreitet, hat sie kein Problem, denn die Kosten dürfen tiefer sein. Hingegen können dem Kanton nicht einfach Maximalkosten in Rechnung gestellt werden, wenn die Anbietenden günstiger arbeiten. Von den vom Kanton vergüteten Kosten bleibt nichts in den städtischen Kassen, was vom Kanton auch überprüft wird.

Die Schwierigkeit, dass nicht alle Plätze besetzt werden können, besteht bei verschiedenen Programmen. Nicht alle Plätze können wie gewünscht vergeben werden. In anderen Gegenden des Kantons gibt es Wartelisten, das heisst die Programme sind übervoll. In Biel ist das Platzangebot von Programmen aber noch nicht optimiert. An diesem Thema muss der Gemeinderat noch weiter arbeiten. Bei 6'000 Sozialhilfebeziehenden sollten alle Programmplätze belegt werden können, zumal ja vom Kanton genügend Geld zur Verfügung steht. Allerdings muss ich sagen, dass es einen Unterschied macht, ob es um ein Programm für soziale oder um eines für berufliche Integration geht. Die Anforderungen an Sozialhilfebeziehende bezüglich Motivation und Fähigkeiten sind in einem Programm für berufliche Integration

wesentlich höher. Das macht die Sache schwieriger. Es können nicht einfach x-beliebige Personen in ein Programm für berufliche Integration aufgenommen werden. Bei den Programmen für soziale Integration ist es zum Teil auch schwierig, die Sozialhilfebeziehenden zu platzieren. Trotzdem finde ich es inakzeptabel, wenn diese Programme nicht gefüllt werden können. Im Bereich der sozialen Integration verlange ich von meinen Mitarbeitenden, alle verfügbaren Programmplätze zu belegen. Ich kontrolliere jeden Monat, ob die Programme gefüllt sind oder nicht. Nun läuft es bereits wesentlich besser und die Situation wird sich auch zukünftig noch verbessern. Bei den Programmen für berufliche Integration ist es aber effektiv nicht so einfach.

Güntensperger Nathan, GLP: Es wurde gesagt, weshalb diese Programme anscheinend nicht gefüllt werden können. Für mich ist das aber noch immer nicht nachvollziehbar. Sind die Bieler Sozialhilfebeziehenden denn so bescheuert, dass sie nirgends untergebracht werden können? Oder sind sie sozial nicht integrierbar? Sind sie anders als in Thun, Bern, Burgdorf, Zweisimmen oder Interlaken? Warum sind diese Programme andernorts offenbar überfüllt und bei uns nicht? Gibt es in Biel zu viele Plätze? Für mich ist immer noch nicht klar, wo genau das Problem liegt.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Wahrscheinlich möchte Herr Güntensperger noch meine Beurteilung der FAI hören. (*Unruhe*) Die von Herrn Güntensperger angesprochene Thematik wird im Moment in den Medien breit geschlagen. Die Diskussion ist bekannt und sie wird auch intern geführt. Allzu viel möchte ich dazu nicht mehr sagen. Es ist auch der FAI bekannt, dass es einen Flaschenhals gibt. Daran führt nichts vorbei und es kann nicht beschönigt werden. Das will die FAI auch nicht. Die Thematik wird ernst genommen, nicht nur von mir als Direktor, sondern auch von meinen Mitarbeitenden. Die Situation hat sich seit letztem Jahr bereits wesentlich verbessert. Es ist auch eine Frage der Abläufe, die letztes Jahr zum Teil noch nicht so optimal waren. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass per 1. Januar 2012 verschiedene Aussengemeinden der FAI angeschlossen wurden. Das zog gewisse administrative Aufwendungen und Änderungen im Ablauf nach sich, die nicht vom ersten Tag an spielten. Es brauchte eine gewisse Anlaufzeit. Für die Kritik habe ich durchaus etwas Verständnis. Ich muss aber auch um Verständnis bitten für die Situation bei der FAI. Bei Umstrukturierungen wie dieser Erweiterung braucht es einen Moment, bis die Abläufe wieder funktionieren und das gegenseitige Verständnis vorhanden ist, wie es weitergehen soll. Bei den Programmen zur beruflichen Integration gibt es aber sicher eine gewisse Probleme, die es zu bereinigen gilt. Daran arbeitet die FAI zurzeit.

Freuler Fritz, Grüne: Eigentlich wollte ich nicht ans Rednerpult kommen. Nun wurde aber etwas gesagt, das ich so nicht stehen lassen kann. Im Moment geht es um den Geschäftsbericht und um die gesamte Verwaltung. Und worüber wird während 20 Minuten diskutiert? Über die Sozialhilfeklientel als grösstes Problem (*Unruhe*). Das sehe ich als Stigmatisierung. Ich hörte gar die Frage, ob die Sozialhilfebeziehenden zu bescheuert seien, um diese Programme zu füllen. Ich gebe die Antwort gestützt auf eine Studie, die letzten Monat veröffentlicht wurde. Dafür wurden Fallstudien in verschiedenen Städten wie Bern, Basel und Zürich durchgeführt. (*Zwischenruf: um was für eine Studie geht es?*) Es geht um den Bericht "*Lebenslage von Sozialhilfeklientinnen und -klienten in der deutschen Schweiz*" der Berner Fachhochschule. Es ist also nicht der bereits erwähnte Bericht der Luzerner Hochschule - Soziale Arbeit, sondern ein allgemeinerer. Wie gesagt, wurde im

Stadtrat eine Suggestivfrage gestellt, die vermuten lässt, bei den Sozialhilfebeziehenden handle es sich um Personen, die betrügen und schmarotzen. Die erwähnte Studie kommt zum Schluss, *"in der Öffentlichkeit [...] werden Sozialhilfebeziehende immer wieder als Arbeitsunwillige, Schmarotzer, Renitente und Betrüger dargestellt. Die in der Studie erarbeitete Typologie schliesst nicht aus, dass sich ein Teil der Alltagskämpfer, Integrationskämpferinnen und Eigenwilligen unkooperativ verhält und auch unrechtmässige Leistungen bezieht."* Nun gebe ich gerne die Antwort auf die vorhergehende Diskussion. Als nächstes heisst es nämlich: *"Renitenz und Schmarotzertum sind Eigenschaften, die in allen sozialen Schichten und Kontexten anzutreffen sind"*, also genau so hier im Saal.

Mairie

Bösch Andreas, GPK: Die GPK möchte allen Mitarbeitenden des Präsidialstabs herzlich für ihre Arbeit danken, insbesondere denjenigen, die den Text im Geschäftsbericht verfasst haben. Dieser gibt einen guten Überblick über die Tätigkeit des Präsidialstabs. Die GPK möchte auf zwei Punkte im Personellen hinweisen (ab Seite 38):

1. Die GPK findet es erwähnenswert, dass auf Seite 39 das Stellenmoratorium explizit behandelt wird. Landläufig haben viele die Meinung, im Geschäftsbericht werde nur das Positive erwähnt. Das Stellenmoratorium führte beim Personal sicher zu Belastungen. Der Geschäftsbericht enthält dazu recht klare Zahlen.
2. Auf Seite 40 sind statistische Daten der städtischen Mitarbeitenden aufgeführt. Seit mehreren Jahren zeigt sich immer wieder das gleiche Bild, nämlich dass vor allem in den hohen Lohnklassen die Frauen massiv untervertreten sind. Dies wird jedes Jahr wieder erwähnt. Verschiedenste Massnahmen wurden bereits in die Wege geleitet. Die GPK diskutierte, was Massnahmen bringen. Sollen Headhunter angestellt werden oder sollte bei gleicher Qualifikation das Geschlecht als Auswahlkriterium gelten? Oder kann eine Verbesserung nur langfristig erzielt werden und kurzfristige Massnahmen sind deshalb gar nicht möglich? Die GPK merkte bald, dass es schwierig ist, schlüssige Antworten zu finden. Trotzdem ist sie der Meinung, dass eine Auswertung der Massnahmen der letzten Jahre zeigen könnte, was erfolgreich sein könnte und was noch möglich wäre. Schliesslich steht in den Schwerpunkten der gemeinderätlichen Politik zum Personal auf Seite 24 als Ziel 22.2: *"Der Frauenanteil in den höheren Funktionen wird gesteigert."*

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte Herrn Bösch danken für den Dank an die Mitarbeitenden. Diesen gebe ich sehr gerne weiter. Das Thema der Frauenquoten in den höheren Lohnklassen ist immer wieder aktuell. Der Gemeinderat tut im Rahmen des Möglichen relativ viel. So schreibt er Stellen vielfach mit 80 - 100% aus, damit sich auch Personen bewerben können, die nicht voll arbeiten wollen oder können, weil sie noch Familienpflichten haben (übrigens gibt es bei der Stadt auch Männer, die nicht Vollzeit arbeiten!). Es ist aber bekannt, dass sich Frauen eher bewerben, wenn der Beschäftigungsgrad nicht zwingend 100% beträgt. Bisher trug diese Massnahme noch nicht die gewünschten Früchte. Zum Teil hängt es auch vom Berufsfeld ab. Es gibt eher technische Kaderstellen, auf die sich relativ selten Frauen bewerben. Für die sogenannten "Soft-Themen" wie beispielsweise dem Personellen ist es einfacher, Frauen zu finden. In der Präsidialdirektion sind sowohl die

Personalchefin als auch die Stadtschreiberin Kaderfrauen. Das finde ich nicht schlecht. Herr Bösch sagte etwas nicht, worauf ich noch speziell hinweisen möchte: Endlich ist es mir gelungen, die französischsprachigen Kaderpersonen dazu zu bringen, ihre Beiträge für den Geschäftsbericht in Französisch zu schreiben. Merci vielmal!

Direction des finances

Strobel Salome, GPK: Im Namen der GPK bedanke ich mich bei der Finanzdirektion für den umfassenden und gut lesbaren Bericht. Die gute Lesbarkeit spreche ich deshalb an, weil ich letztes Jahr kritisierte, die Tabellen seien nicht lesbar. Das hat sich deutlich verbessert. Aus meiner Sicht ist es auch erfreulich, dass die Finanzdirektion auf Seite 44 unter Ausblick eine zwar durchgezogene, aber nicht allzu düstere Wirtschaftsprognose abgibt und die konjunkturellen Aussichten wieder positiver beurteilt. Die Prognosen für den städtischen Finanzhaushalt sind leider etwas weniger erfreulich. Spannend aus Sicht der GPK ist der kleine Abschnitt auf Seite 53/54 des Geschäftsberichts 2012 unter Punkt 2.2.3 (Weitere Entwicklung). Daraus lässt sich entnehmen, dass 2014 die Voraussetzungen für ein internes Kontrollsystem IKS geschaffen werden. Mit diesem Anliegen wird nun wohl etwa die dritte verantwortliche Person der Finanzdirektion konfrontiert. Vielleicht werden ja nicht nur die Voraussetzungen geschaffen... Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die am Geschäftsbericht der Finanzdirektion mitgearbeitet haben.

Ausburger-Brom Dana, Fraktion SP: Ich spreche zu dieser Direktion, weil der Stadtrat bereits oft darüber diskutiert hat und auch weiterhin dazu noch diskutieren wird. Bei der Finanzdirektion wird nicht nur zurück-, sondern auch vorausgeschaut. Einige Punkte scheinen der Fraktion SP sehr wichtig, weshalb ich sie hier erwähnen möchte. Im Vergleich mit der 2010 beschlossenen Finanzstrategie sieht es für die Stadt nicht so schlecht aus. Sie hat heute sogar noch mehr Eigenkapital, als damals vorhersehbar war. Das ist der Stand heute. Für die Zukunft kann ich nur einen erfreulichen Punkt aus diesem Bericht herauslesen, nämlich Lichtblicke bei der Uhrenindustrie. Die Prognosen sehen aber keine Verbesserung der städtischen Finanzlage vor. Im Bericht wird der Euroraum erwähnt, was ich wichtig finde. Natürlich muss zuerst vor der eigenen Tür gekehrt werden, aber ich finde es wichtig, dass die Stadt bei diesem Thema auch über ihren Gartenzaun hinaus schaut. Beim Kanton geht es um verschiedene Lastenausgleichssysteme und beim Bund um die Unternehmenssteuerreform III, welche beide die Stadtfinanzen beeinflussen. Ich würde sogar noch weiter gehen. Ich möchte daran erinnern, dass die Grossbanken, wenn es um die Boni geht, noch immer mit der grossen Kelle anrichten. Daran hat sich nichts geändert. Natürlich kann das nicht auf Gemeindeebene geändert werden, das weiss ich. Trotzdem muss der Stadtrat aufmerksam bleiben. Er muss auf Gemeindeebene alles Mögliche tun, sich aber auch weitergehende Überlegungen machen. Ich mache das und schweife noch etwas aus, obwohl viele vielleicht gerne nach Hause gingen. Vor vielen Jahren ging ich an der Alpenstrasse zur Schule. Damals besass ich ein Buch, das "Volkswirtschaftslehre" hiess. Volkswirtschaft hiess das damals... Dieses Wort gibt es heute nicht mehr. (*Unruhe*) Heute leben wir in einer Finanzwirtschaft. In meinem Buch hiess das erste Kapitel "Wohlstand", der wichtigste Markt war der Gütermarkt, gefolgt vom Arbeitsmarkt und erst am Schluss stand der Kapitalmarkt. Wenn wir heute in einer Finanzwirtschaft leben, ist die momentane

Lage der Stadt verständlich, denn in diesem System ist der wichtigste Markt sicher der Finanzmarkt.

Grupp Christoph, Grüne: Ich lese den Geschäftsbericht meistens mit sehr viel Interesse und finde ihn sehr spannend. Auch dieses Jahr ist er wieder sehr gut gelungen. Diesmal bin ich in der Papierflut aber fast ertrunken und hatte nicht genügend Zeit, den Geschäftsbericht so ausführlich zu studieren wie in anderen Jahren. Mit der Papierflut meine ich nicht den Geschäftsbericht im Besonderen, sondern die gesamten Unterlagen für die gestrige und heutige Sitzung. Zur Finanzdirektion fiel mir wie schon in den Vorjahren die tabellarische Darstellung auf Seite 51/52 auf, in welcher die Finanzdirektion die finanziellen Risiken auflistet. Diese Tabelle geht in die Zukunft und wird den Stadtrat sicher noch beschäftigen, sei es im Budgetierungsprozess oder auch darüber hinaus. Bei der Lektüre des Berichtes fiel mir auf, dass die Risiken beachtet werden müssen. Was könnte passieren, wo könnte die Stadt betroffen sein? Ich finde es hilfreich, dass die Risiken nicht nur quantitativ bewertet werden, sondern auch gesagt wird, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie eintreten werden. Gleichzeitig frage ich mich, ob nicht auch eine solche Darstellung für Chancen im Finanzbereich hilfreich wäre. Welche Geschäftsfälle, die die städtischen Einnahmen verbessern könnten, könnten in naher Zukunft eintreten oder aktiv gesucht werden? Gibt es beispielsweise im Liegenschaftsbereich bisher nicht ausgeschöpftes Potenzial, falls ja, in welchem Umfang und mit welcher Wahrscheinlichkeit könnten Verbesserungen erreicht werden? Gibt es vielleicht irgendwelche Fördertöpfe, an die bisher noch niemand gedacht hat? Wäre es für Biel möglich, an irgendeinem Bundesprogramm mit Fördergeldern zu partizipieren? Ich kann mir vorstellen, dass solche Überlegungen gemacht werden, fände es aber spannend, diese positiven Aspekte systematisch zusammengestellt aufgelistet zu sehen. Vielleicht würde eine solche Aufstellung dem Stadtrat auch bei der Budgetplanung helfen, so dass er nicht immer wie das Kaninchen auf die Schlange starrt und auf alles Schlechte wartet, das eintreten könnte, sondern auch die Chancen ins Auge fassen könnte...

Steidle Silvia, directrice des finances: Merci à la porte-parole de la Commission de gestion pour son intervention. Effectivement, nous sommes en cours de modernisation des processus financiers. Je suis la troisième directrice à m'y affairer. Je peux vous promettre, qu'en 2014, les résultats seront visibles. Je n'en suis pas la seule responsable. En effet, mon prédécesseur a engagé les procédures, qui sont actuellement arrivées en phase de réalisation. Monsieur Grupp, l'idée que vous proposez est bonne finalement. J'en ai pris note. Les risques financiers sont communiqués par les directions auxquelles je m'adresse, bien entendu, très volontiers, afin que votre proposition puisse être évaluée et de prévoir, l'année prochaine, l'intégration d'une estimation non seulement relatives aux risques, mais aussi aux chances d'améliorer les finances de la Ville. Merci également d'avoir pris la parole concernant le rapport économique. En effet, en 2012, nous avons enregistré une bonne résistance à la crise, qui n'est pas encore terminée. Tous les banquiers qui viennent nous voir pour nous proposer des financements nous le disent. L'économie a tout simplement accepté cette crise. Elle s'y est faite. C'est la raison pour laquelle la branche horlogère s'en sort plutôt bien. Si l'économie s'en sort bien, cela n'implique pas forcément le fait que la branche horlogère s'en sorte forcément bien, elle aussi et que la Ville encaisse également des impôts. Ce dernier point dépend bien entendu directement des investissements des entreprises. Merci pour

vos interventions et merci également pour les critiques que la Direction des finances prendra en compte. Nous essaierons de faire encore mieux l'année prochaine.

Direction de la sécurité

La parole n'est pas demandée.

Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture

Rüfenacht Martin, GPK: Geschäftsberichte haben das Recht, das Positive aufzuzeigen. Der eine oder andere Geschäftsbericht wird vielleicht etwas zu positiv verfasst. Aber Hand aufs Herz: wer möchte schon in einem Betrieb arbeiten, in dem immer alles negativ ist? Schlussendlich wurde viel gearbeitet und viel erreicht, was gesamthaft auch positiv gewürdigt werden darf. Wer ein Vereinspräsidium inne hat, wird den Verein im Jahresbericht auch positiv darstellen. Dies zur Einleitung und zum Recht, die Dinge im Geschäftsbericht positiv darzustellen. Dennoch möchte ich auf einige Punkte aufmerksam machen. Selbstverständlich kann jedes Stadtratsmitglied diesen Bericht differenziert betrachten. Der GPK fiel insbesondere die Schulraumplanung auf Seite 78 auf. Darauf wird die GPK auch weiterhin ein Auge haben und sie freut sich darauf, Konkretes zu erfahren. Aber auch der Erwachsenen- und Jugendschutz auf Seite 73 fiel der GPK auf. Dabei wird von zusätzlichen Hierarchiestufen gesprochen, was etwas verwunderlich ist. Gerade in der Privatwirtschaft werden zusätzlichen Hierarchiestufen nicht geduldet, vielmehr werden bestehende abgeschafft. Zusätzliche Hierarchiestufen sind immer auch mit zusätzlichen Kosten verbunden. Die GPK ist gespannt auf die Auswirkungen dieser Massnahme. Ansonsten dankt die GPK für diesen sehr positiven Bericht und die dafür geleistete Arbeit. Das Gesamtwerk gibt einen guten Überblick über das Verwaltungsjahr 2012.

Cadetg Leonhard, FDP: Im Zusammenhang mit den Teilprojekten "Autonomie" und "Leistung gegen Leistung" im Kapitel 4.5.1 "Projekt Trends brechen" möchte ich wissen, wann die ersten diesbezüglichen Massnahmen zu erwarten sind. Im Bericht wird das Thema sehr global behandelt und der Projektstand wird nicht klar.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Mit diesem Projekt begann der Sozialdienst letztes Jahr. Es wurden erste Arbeitsgruppen gebildet, um Ideen zusammenzutragen und die Möglichkeiten zu eruieren. Die Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Allerdings werden per Ende August erste Massnahmen umgesetzt werden. Im Verlauf der Monate September und Oktober werden weitere Entscheide fallen. Spätestens Anfang nächsten Jahres werden auch die restlichen Teilprojekte, die noch in Vorbereitung sind, umgesetzt werden können. Im Moment läuft der Konsolidierungsprozess. Morgen wird eine direktionsübergreifende Sitzung stattfinden, an welcher für sehr viele Massnahmen Ziele festgelegt werden. Auch die Kosten und die nächsten Schritte werden thematisiert. Bereits vor zwei Wochen fanden zu diesen Themen Gespräche mit dem Kanton statt. Mitte August werden die nächsten Schritte wiederum mit dem Kanton abgesprochen, weil Biel nicht ganz unabhängig ist, denn die Stadt arbeitet mit dem Kanton aber auch mit anderen Gemeinden zusammen. Letzte Woche fand zudem ein Treffen mit anderen Gemeinden statt. An diesem sollte geklärt werden, wie die regionale Zusammenarbeit

erfolgen soll. Im Moment läuft sehr viel. Das Projekt ist aber noch nicht so weit fortgeschritten, als dass heute schon Konkretes gesagt werden kann. Ab Ende August sollten aber erste Massnahmen umgesetzt werden. Ist Ihre Frage so beantwortet, Herr Cadetg?

Cadetg Leonhard, FDP: Was geschieht in Sachen Mieten?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Bezüglich der Mieten wird noch die eine oder andere Abklärung getroffen. Darüber wird der Gemeinderat Ende August, Anfang September kommunizieren und die Massnahmen konkretisieren.

Direction des travaux publics

La parole n'est pas demandée.

Ogi Pierre, président du Conseil de ville: Pour terminer nous allons passer au vote le rapport de gestion 2012 de l'Administration municipale.

Vote

Le rapport de gestion 2012 de l'Administration municipale est approuvé.

Ogi Pierre, président du Conseil de ville: Je vous souhaite une bonne soirée et clôt la séance.

117. Nouvelles interventions

20130266	Interpellation Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen	DSS
	Macht die Mitgliedschaft von Biel/Bienne in der SKOS noch Sinn? L'affiliation de Bienne à la CSIAS a-t-elle encore un sens?	
20130267	Überparteiliche Motion Max Wiher, Fraktion GLP, Urs Brassel, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Pablo Donzé, Fraktion Grüne, Salome Strobel, Fraktion SP, Friedrich Thomke, Fraktion BVP/CVP/BDP	BEU
	Mehr Sicherheit für den Langsamverkehr rund um den Kreuzplatz Sécurité accrue pour la mobilité douce aux environs immédiats de la place de la Croix	
20130268	Motion Leonhard Cadetg, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU	STK
	Transparenz für das Parlament und Standortförderung durch Open Government Data Transparence envers le Parlement et promotion économique grâce à l'Open Government Data	PRA FID
20130269	Motion Werner Hadorn, SP	PRA
	Hochhauskonzept Concept pour la construction de maisons-tours	
20130270	Postulat Werner Hadorn, SP	DSS
	Erfahrungen mit Police Bern Expériences avec Police Berne	
20130271	Postulat Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen	PRA
	Das Regiotram wird an der Urne scheitern – Plan B jetzt vorbereiten! Tram régional: échec annoncé aux urnes – préparons un plan B dès maintenant!	
20130272	Postulat interpartitis Béatrice Sermet-Nicolet, PSR (Groupe Culture du Conseil de ville)	MAI
	Sponsoring des activités culturelles et sportives Sponsoring von kulturellen und sportlichen Aktivitäten	FCS
20130273	Überparteiliches Postulat Nathan Güntensperger, GLP, Stefan Kaufmann, FDP	FID
	Aufgabenverzicht der Stadt Biel? Abandon de tâches?	PRA, BKS, DSS, BEU

Fin de la séance / Schluss der Sitzung: 22.30 heures / Uhr

Le président du Conseil de ville / Der Stadtratspräsident:

Pierre Ogi

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Regula Klemmer

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Fabiola Floreani

Claire-Lise Kirchhof